

Ostland

Halbmonatsschrift für den germanen Osten

Redig. Bund Deutsche Osten G. V., Berlin, W. 30, Woytowitz 46. (Fernruf 2 5, Barbarossa 0914.
Postfachamt Berlin 6839) — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Frenkel, Berlin-Friedrichshagen,
Költer 2. — Druck: Konzentration 910, Wld. Spandau, Seegerleber Str. 35 — Erscheint monatlich zweimal. — Auflage
vierteljährlich 990, 0,00 — Einzelnummer 1124, 0,20 und 1129, 0,05 halbjährig. — Anzeigenpreisliste 2 — 3. u. W. g.

№. 16

Berlin, den 15. August 1935

16. Jahrgang

Nach dem Abbau der Kampfmaßnahmen

Am 8. August ist von den Vertretern Danzigs und Polens ein Protokoll unterzeichnet worden, durch das der Währungs- und Zollkonflikt der beiden Staaten auf das ruhigere Gleis der Verhandlungen gelenkt werden konnte. Der Konflikt hatte durch das aggressive Vorgehen der polnischen Regierung eine bedenkliche Verschärfung erfahren. Nachdem nämlich durch Verordnung des polnischen Handelsministers vom 18. Juli die Danziger Zollvermittlung für die polnische Einfuhr außer Tätigkeit gesetzt worden war, ohne daß für diese Maßnahme stichhaltige Gründe angeführt werden konnten, sah sich der Senat der Freien Stadt am 1. August zu entsprechenden Gegenmaßnahmen gezwungen. Durch die Verordnung vom 18. Juli war Danzig in eine ungemein schwierige Lage geraten. Die polnische Einfuhr über den Danziger Hafen war lahmgelegt. Für den Danziger Hafen bestimmte Schiffe löschten ihre Waren in Öbingen. Die Danziger Handels- und Expeditionsfirmen erlitten schwere finanzielle Verluste; sie bereiteten sich z. T. bereits darauf vor, ihre Öbingerer Zweigstellen auszubauen oder ganz in den polnischen Nachbarhafen überzusiedeln. Auch die Ausfuhr Danziger Waren nach Polen mußte bei der völlig unübersichtlichen und schwankenden Rechtslage ins Stocken geraten; polnische Firmen wagten nicht mehr, Waren ihrer Danziger Geschäftsfreunde zu übernehmen, nachdem es verschiedentlich vorgekommen war, daß solche Waren von den polnischen Behörden mit Beschlagnahme belegt wurden. Polen sprang mit den geltenden Wirtschaftsverträgen nach Gutdünken um; es brach die Bestimmungen, die ihm bei der Verfertigung seiner angeblich wirtschaftlichen, in Wirklichkeit aber politischen Ziele im Wege standen, und erhob dabei gegen Danzig täglich von neuem den Vorwurf, daß dieses die Verträge verlebe.

Die Grundlagen des Danziger Wirtschaftslebens waren in einem Maße bedroht wie noch nie. Die Versorgung der Danziger Bevölkerung mit den lebensnotwendigen Dingen des täglichen Bedarfs war gefährdet. Um sie sicherzustellen, verfügte der Senat am 1. August die zollfreie Einfuhr von Schweinen, Butter und Eiern, Roggen und Futtermitteln, Obst, Arzneien usw., Brennmaterialien und allen durch die Post hereinkommenden Waren. Damit war für diese Waren die Zollgrenze zwischen dem Reich und Danzig praktisch beseitigt, wenn auch formell nicht aufgehoben. Es lag auf der Hand, daß der Freien Stadt keine andere Wahl blieb, als auf diesem Wege weiterzufahren, wenn Polen seine aggressive Verordnung vom 18. Juli aufrechterhielt oder gar an eine weitere Verschärfung seiner Maßnahmen ging. Das war nicht der Fall. Im Reichsaussenministerium war man klug genug, zu erkennen, daß sich die polnischen Wirtschaftsreformer in der Wahl der Mittel vergriffen und eine Entwicklung ausgelöst hatten, die, wenn nicht rechtzeitig eingelenkt wurde, so oder so die — politische Reformfrage wieder akut machen mußte. Auf der anderen Seite hatte man in Danzig den polnischen Partner hinreichend kennen gelernt, um zu wissen, daß er — ganz abgesehen von den sachlichen Momenten — großen Wert darauf legt, mit einem, wenn auch nur scheinbaren, Prestigeerfolg aus der Affäre zu kommen.

So weit die unmittelbare Vorgeschichte des Protokolls vom 8. August! Durch dieses ist sowohl die polnische Zollverordnung vom 18. Juli, die sich bereits schädlich auf die Wirtschaft der Freien Stadt ausgewirkt hatte, wie auch die Danziger Beschlagnahme vom 1. August, deren praktische Durchführung oben erst eingeleitet hatte, wieder aufgehoben worden. Für Danzig bedeutet dieser rasche Umkehrpunkt zwar einen Erlös, zumal von polnischer Seite die Zusage gemacht worden ist, daß das Hafensabkommen vom 5. August 18. September 1933 weiterhin die rechtliche und tatsächliche Grundlage des Danziger Hafenerverkehrs bleiben soll. Aber der Streitfall ist durch die Aufhebung und tatsächliche beiderseitigen Maßnahmen noch nicht beendet. Polen führt den Kampf gegen die Danziger Währung jetzt unter veränderten Umständen weiter. Es hat aus dem Konflikt mit einer gewissen Stärkung seiner währungs- politischen Stellung in Danzig hervorgehen können. In einem Zusatzprotokoll ist nämlich festgelegt worden, daß „im Interesse der polnischen Wirtschaft“ die Erhebung der Zollabgaben in Danzig in Zloty erfolgen soll, solange die Danziger Guldenbewirtschaftung nicht aufgehoben ist. Erst wenn das der Fall ist, soll die Erhebung der Zollabgaben in Danzig wieder nach den Bestimmungen des Artikels 205, Absatz 2 des Warschauer Abkommens von 1921, d. h., je nach Wahl des Zollpflichtigen, in Gulden oder in Zloty erfolgen. Da es sich bei der Danziger Guldenbewirtschaftung nur um eine vorübergehende Maßnahme handelt, die als solche von Polen jetzt ausdrücklich anerkannt worden ist, ist die ausschließliche Verwendung des Zloty bei der Erhebung der Zollabgaben in Danzig nach dem eindeutigen Wortlaut des Zusatzprotokolls gleichfalls nur als vorübergehende Erscheinung zu werten. Die polnischen Prestigestellen, die bereits von einer „Sicherstellung der Währungseinheit auf dem gesamten Gebiet“ oder von der Herabminderung des Guldens zu einer bloßen „Kalamität“ sprechen, verhalten also, der eben erst getroffenen Vereinbarung eine Ausbeutung zu geben, die mit deren Sinn und Wortlaut zweifellos nicht übereinstimmt. Danzig hätte nach wie vor an seiner eigenen Währung grundsätzlich und in vollem Umfang fest.

Die polnischen Ausdeutungsveruche lassen aber erkennen, daß Polen jetzt im Verhandlungswege das zu erzwingen gedankt, was es durch seine scharfen Kampfmaßnahmen nicht zu erreichen vermochte. Der Abbau der Kampfmaßnahmen hat die weitgehenden Meinungsverschiedenheiten, die zwischen der Danziger und der Reichsregierung bestehen, durchaus nicht beseitigt. Diese beginnen schon bei der Frage nach dem Verhandlungsergebnis an sich. Polnischerseits vertritt man den Standpunkt, daß in den Verhandlungen der Gesamtformel der Danziger Währungsmaßnahmen vom Tage nach der Guldenbewertung, also vom 2. Mai ab, aufgetrilt, also auch die Frage der Danziger Währung als solcher zur Debatte gestellt werden müsse. Die Danziger Auffassung aber geht dahin, daß der Ausgangspunkt der Verhandlungen der Zustand zu sein hat, der

unmittelbar vor dem Erlass der polnischen Zollverordnung, also nach der Einführung der Gütdenbewirtschaftung, in Danzig bestand, daß demgemäß die Selbständigkeit der Danziger Währung nicht Gegenstand, sondern selbstverständliche Voraussetzung der Verhandlungen zu sein hat. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß von Danziger Seite in einer mündlichen Zulagerklärung zum Protokoll vom 8. August für den Bedarfsfall die Aufnahme von Besprechungen zwischen den Leitern der beiderseitigen Notenbanken zugeagt worden ist. Derartige Besprechungen haben sich, wenn sie sich als notwendig erweisen sollten, lediglich auf die Auswirkungen der Danziger Gütdenbewirtschaftung auf den polnischen Transiterverkehr und den Danzig-polnischen Warenverkehr, nicht aber auf die Frage einer Währungsvereinheitlichung zu erstrecken. Diese Frage ist eine politische. Es beflehen Versicherungen von polnischer Seite, keine politischen Maßnahmen gegen Danzig zu ergreifen.

Es bleibt noch die außenpolitische Bilanz des durch die polnische Zollverordnung projizierten Konfliktes zu ziehen. Drei Punkte sind hier zu erörtern. Erstens: In Frankreich, aber auch in den nationaldemokratischen Kreisen Polens hatte man offensichtlich gehofft, daß über dem Konflikt mit Danzig das normale Verhältnis Polens zu Deutschland in die Brüche gehen werde. Der Gang der Dinge hat diese Kreise sichtlich enttäuscht. Die Nationaldemokraten, die der Verordnung ihrer Regierung vom 18. Juli voller Genugtuung zugestimmt hatten, sind über die wieder etwas friedlicher gewordene Atmosphäre ansehend verschnupft. Sie sollten aber begreifen, daß Deutschland das von ihm losgeriffene Danzig niemals dem Zugriff feindlicher Gewalt preisgeben kann. Solange man sich auch im Brüllhain Palais der Einsicht in diese Zusammenhänge des Danziger Problems nicht verschließt, besteht von ihrer Seite her für das deutsch-polnische Verhältnis keine Gefahr. Zweitens: Auf polnischer Seite hatte man während des Konfliktes vielleicht auch gehofft, daß die ungemünzte schwierige Lage, in die

Danzig durch die Zollverordnung vom 18. Juli geriet, die innerpolitische Opposition zu einem noch feindlicheren Verhalten gegen die nationalsozialistische Regierung hinreißen werde. Aber auch hier kam es anders. Es kam mit Genugtuung festgestellt werden, daß die Regierung der Freien Stadt bei ihrer Abwehr des polnischen Angriffs der Zustimmung ihrer gelamten deutschen Bevölkerung Danzigs sicher sein konnte. Drittens: Es war während des Konfliktes gelegentlich davon die Rede, daß sich unter Umständen wieder wie früher der Räterbundstaat in die Danziger Frage werde einschalten müssen. Es hat sich jedoch gezeigt, daß keine der beiden Parteien Wert darauf legt, die umständliche Maschinerie der Genfer Institution in Anspruch zu nehmen. Die vor zwei Jahren von der nationalsozialistischen Regierung eingeleitete Politik der direkten Verhandlung hat sich auch in diesem Falle bewährt.

Voraussetzung für einen normalen Verlauf der Verhandlungssation ist allerdings, daß Danzig und Polen einander als gleichberechtigte Partner betrachten, daß jeder Teil, indem er Rechte fordert, auch seine Pflichten nicht leugnet. Danzig hat einigen Anlaß, in dieser Hinsicht an der Gutmütigkeit seines polnischen Partners zu zweifeln. General Rysz-Smigly hat kürzlich auf der Tagung der Legionäre davon gesprochen, daß Polen weder das ganze Kleid, noch auch einen Knopf dieses Kleides hergeben werde. Es ist seitdem in der polnischen Presse zu einer beliebigen Bemerkung geworden, von dem „Danziger Knopf am polnischen Kleid“ zu sprechen. Diese Presse will damit wohl zum Ausdruck bringen, wie überlegen ihr das große Polen dem kleinen Danzig gegenüber erscheint. Doch ist die Tatsache, daß dieser Vergleich mit dem Knopf in Polen zu einem geflügelten Wort werden konnte, noch in anderer Hinsicht beachtlich: Früher jag man es vor, von Danzig als von der „Lunge Polens“ zu sprechen; heute hat man es schon zu einem Knopf begnadigt. Nun; ohne Lunge kann man nicht leben, durch den Verlust eines Knopfes aber wird das Dasein nicht in Frage gestellt. In Deutschland nimmt man diese abgewertete Bedeutung Danzigs für Polen mit Interesse zur Kenntnis. Dr. K.

Politische Wissenschaft im Baltischen Institut

Seit Jahren nimmt das historische Schrifttum in der politischen Publizistik Polens einen breiten Raum ein. Das gilt für zahllose Einzelchriften. Es gilt ebenso für halbamtliche Stellen und solche, die mit reichen amtlichen Mitteln arbeiten, wie besonders das Baltische Institut in Thorn und das Schlesische Institut in Kattowitz. Die Vertiefung des geschichtlichen Denkens gehört als wesentlicher Teil zu der systematischen geistigen Erziehung des polnischen Volkes. Ihr Ziel ist ein Selbstbewußtsein, das nicht nur in dem neuen polnischen Staate und seiner jungen Geschichte wurzelt, sondern ein ganzes Jahraufend polnischer Geschichte als Quell der Volkstraft betrachtet. Nicht minder aber wird die Geschichte auch für das außenpolitische Denken und die außenpolitische Zielsetzung verwendet. Bei dem engen und notwendigen Zusammenhang von Geschichte und Politik ist es wohl zu verstehen, daß die polnische Geschichtswissenschaft aus der Gegenwart zahlreiche Anregungen empfing. Aber das Welen der Geschichtsschreibung wird verstärkt, sobald sie in den Dienst der politischen Propaganda tritt.

Um so auffälliger ist es, daß in den verschiedenen Schriftenreihen des Baltischen Instituts die historischen Themen stets einen breiten Raum einnehmen. Hatte man sich zunächst auf die geschichtlichen Beziehungen Polens zur Ostsee und die Geschichte Pommerellens konzentriert, so ist in den letzten Jahren das Interesse für Ostpreußen mehr und mehr in den Vordergrund getreten. Das gilt für alle Gebiete, auf denen das Baltische Institut literarisch tätig ist, ganz besonders für die Wirtschaftspolitik. Es gilt ebenso für die Geschichte. Die polnische Ostpreußenliteratur wurde im Jahre 1932 zum ersten Male in eine eindeutige politische Richtung gelenkt, als der damalige Bestmarterener, der jetzige Weltnerband, ein Buch „Ostpreußen. Vergangenheit und Gegenwart“ herausgab. Die Absicht des Buches bestand darin, daß den deutschen Hoffnungen auf eine Revision der Korridorergenzen propagand-

disch entgegengearbeitet werden sollte. Daher ist das in diesem Bande zusammengetragene Material auch den Arbeiten französischer Historiker zugrunde gelegt worden, die ihre Pariser Vorträge unter dem Titel „La Pologne et la Prusse orientale“ (Problèmes politiques de la Pologne contemporaine, Band 4) in Paris veröffentlichten. Der Zweck dieser Schriften und der darin durchgeführten Fragestellung wurde in dem Ostpreußenbuche des Baltischen Bestmarterenervereins in die Worte gefaßt: „Es gibt in Europa kein Problem Pommerellen, sondern ein Problem Ostpreußen.“ Indem man zu beweisen suchte, daß nicht die Abschaffung Ostpreußens vom Reich durch Pommerellen, sondern die Erstigung Ostpreußens als eines Teiles des Reiches einen politischen Unruheherd in Europa schaffe, suchte man von der Pommerellenfrage abzulenken.

Eine solche Propaganda Polens war in der politischen Lage des Jahres 1932 immerhin zu verstehen. Aber das Interesse für Ostpreußen ist auch heute geblieben, ja innerhalb der historischen Publizistik des Baltischen Instituts treten die Ostpreußen hinter dem Thema Ostpreußen geradezu auffällig zurück. Nachdem im vergangenen Jahre der Warsauer Historiker Stanislaw Zajaczkowski einen Abriss der Geschichte des Deutschen Ordens in Preußen in der in großen Massen und in mehreren Sprachen verbreiteten „Baltischen Taschenbücherei“ des Baltischen Instituts hatte erscheinen lassen, bringt dieses jetzt die ersten Hefen einer umfangreichen Geschichte Preußens heraus. Von dem ersten Bande derselben, der acht Bände umfassen soll, sind drei erschienen, die Einzelthemen aus der Geschichte Ostpreußens, bzw. des preußischen Ordensstaates behandeln. Heinrich Lowmiancki (Wilna) behandelt das „heidenische Preußen“, der polnische Historiker Kazimierz Mienicki „Die polnische Mission in Preußen und die Berufung der Kreuzritter“ und Stanislaw Zajaczkowski „Die Eroberung Preußens und seine Kolonisation durch die Kreuzritter“.

Alle drei Verfasser dürfen als bekannte polnische Gelehrte angesehen werden. Lomianiski behandelt die Geschichte der altpreussischen Stämme bis zum 13. Jahrhundert, also bis zur Ankunft des Deutschen Ordens nach Preußen, und zwar zunächst die Vorgehens- und die politischen und kulturellen Beziehungen zu seinen Nachbarn, zu Normannen, Polen, Russen und Litauern, und Johann das Innereleben in der Zeit unmittelbar vor der Ankunft des Deutschen Ordens. Am Anschluß daran behandelt Tymieniecki die politischen Christianisierungserfolge in Preußen vom heiligen Walbert (gest. 997) an. Er ordnet die Christianisierung Preußens durch den Deutschen Orden, mit dessen Anstuf in Preußen er schließt, in die universellen Kräfte der Zeit ein und nimmt für die polnischen Herzöge nur ein geringes Maß selbständiger politischer Initiative an. Zajacowski endlich untersucht die eigentliche Eroberung Preußens als die staatliche Rahmgebung und die Befriedung des Landes als innere Erfüllung dieses Rahmens.

Während sich Tymieniecki streng in den Grenzen wissenschaftlicher Darstellung und Auseinandersetzung hält, wobei er auch die Frage einer Urkundenfälschung durch den Deutschen Orden durchaus kritisch behandelt, verraten die anderen beiden Beiträge recht ausdrücklich den eigentlichen Zweck dieser neuen Schriftenreihe. An beiden spielt die Darstellung des Einflusses des polnischen Elementes auf das alte Preußen eine große Rolle. Lomianiski behandelt ausführlich die kulturellen und politischen Einflüsse Polens auf die heidnischen Preußen, und Zajacowski behandelt die polnische Einwanderung in den Ordensstaat in unergänzt-mäßiger Ausführlichkeit gegenüber der deutschen Kolonisierung. Er faßt das Ergebnis der von ihm geschilderten geschichtlichen Vorgänge in die Worte zusammen: „Der Erfolg der bewaffneten Eroberung und der Kolonisation Preußens durch die Ordensritter war die künstliche Schaffung einer deutschen Balten an den Ufern der Ostsee innerhalb slawischer und baltischer Völker, die, wie sie es in der Vergangenheit war, so auch heute die Quelle zahlreicher Verwidelungen und politischer Schwierigkeiten ist.“ Es wird also der preussische Ordensstaat als eine unnatürliche geschichtliche Schöpfung hingestellt. Was dem Verfasser als „natürlicher Zustand“ vorzuziehen, läßt sich daraus leicht erschließen.

Lomianiski zeichnet die Entwicklung der preussischen Stämme bis zu dem Punkte, an dem er die Ausbildung monarchischer Verfassungsformen als nächsten Schritt annimmt, der infolge des gewaltigen Eingriffes des Deutschen Ordens unterblieben sei. Er erwägt abschließend die verschiedenen Möglichkeiten, die aus den geschichtlichen Voraussetzungen zu Beginn des 13. Jahrhunderts sich hätten ergeben können, und schließt seine Arbeit mit den Worten: „Eher können wir annehmen, daß der Orden nur zum Hindernis der vollständigen kulturellen und sprachlichen Assimilation Preußens an Polen wurde. Die obigen Folgerungen erlauben sogar, über die eventuelle Schicksale einer unabhängigen preussischen Monarchie zu urteilen: gestützt auf die polnische Kultur und in beträchtlichem Maße auf ein ethnisch kernpolnisches Element, wäre es keine leichte Sache gewesen, eine längere Zeit hindurch die politische Selbständigkeit gegenüber dem polnischen Staate zu behaupten.“

Die Gedanken, die in diesen ersten Beiträgen ausgesprochen werden, treten in dem Plan des ganzen Wertes über die Geschichte Ostpreußens noch deutlicher hervor. Der erste Band über den Ordensstaat soll unter anderem auch einen besonderen Beitrag über die preussische Opposition gegen den Orden und den Aufstand von 1454 enthalten, da dieses Thema zur Behandlung bevölkerungspolitischer Fragen besonders geeignet scheint — aber nur scheint. Der zweite Band nimmt dann die Geschichte des Herzogtums Preußen und die ostpreussische Geschichte bis 1919, sowie die Wirtschaft, Kirchen-, Kultur- und Kriegsgeschichte Ostpreußens in Aussicht. Der Schlussband endlich stellt auch thematisch gewissermaßen das Ziel dar, auf das schon die Darstellung der ersten beiden Bände hinführt. Unter dem Titel „Das polnische Element und polnische Verfassungs- und Kultureinflüsse in Ostpreußen“ soll er das Ermüden und das Marienburg Land behandeln, die Entleerung und die ersten Jahrhunderte der massenhaften Kolonisierung, die Siedlungsentwicklung und Geschichte der Masuren in Ostpreußen

bis zum 17. Jahrhundert, die Geschichte der massenhaften Bevölkerung in Ostpreußen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, die Verfassungseinflüsse Polens auf das Herzogtum Preußen, die kulturellen Beziehungen zwischen Polen und dem Herzogtum Preußen, den Einfluß der polnischen Kunst auf das Herzogtum Preußen und endlich Schlussbemerkungen „Ostpreußen und Polen im Verlauf ihrer Geschichte“.

Das ganze Wert stellt sich also zwei Hauptaufgaben: es soll einmal das deutsche Lebensrecht Ostpreußens geschichtlich in Frage gestellt werden, indem seine Grundlage, der preussische Ordensstaat, als „künstlich und gegen die natürliche und organische Entwicklung gerichtet“ hingestellt wird, und ebenso das heutige Ostpreußen als „unorganisch“, als ein „Fremdkörper in natürlichen Beziehungen“, angesehen wird. Sodann aber wird der Anteil des polnischen Elementes in der Geschichte und der Gegenwart Ostpreußens als möglichst umfangreich dargestellt, wohl in der Absicht, hier die Anknüpfungspunkte für eine künftige Entwicklung aufzuweisen, die an den von Lomianiski bezeichneten Abbruchstellen zu Beginn des 13. Jahrhunderts wieder anknüpfen könnte.

Die Tendenz, die dem Ostpreußenbuch von 1932 zugrunde lag, hat sich also in diesen neuen Veröffentlichungen des Baltischen Instituts zur ostpreussischen Geschichte kaum geändert. Das Rincow ist gegenüber jener Schrift des Wehrmännchens höher, der wissenschaftliche Ernst größer, die Mitarbeiter sind sorgfältiger ausgewählt. Aber unverkennbar schimmert durch den Plan des ganzen Wertes und die bisher vorliegenden Beiträge die politische Programmatik hindurch, die vor 1933 verständlich war, seitdem aber keine Berechtigung mehr hat.

Daß sie im Baltischen Institut offenbar doch noch eine beträchtliche Rolle spielt, geht aus einem weiteren Schriftchen hervor, das in der Baltischen Taschenbücherei des Instituts erschienen ist. Der Krakauer Universitätsdozent Josef Feldman stellt den „Polnisch-deutschen Gegensatz in der Geschichte“ dar. Er behandelt nach einem kurzen Vorwort über allgemeine deutsch-polnische Gegensätze auch die freundschaftlichen Beziehungen, die sich etwa durch die ostdeutsche Kolonisation oder durch die liberale Polenliteratur in Deutschland im 19. Jahrhundert ergaben. Dann aber trennt Feldman begrifflich Deutschland und Preußen und schildert nun, daß zwar nicht das deutsche Volk als Ganzes, wohl aber, der verruchte, auch in Deutschland verhasste preussische Staat“ die geschichtliche Ursache eines deutsch-polnischen Gegensatzes sei. Bezeichnend sind die grundsätzlichen Anschuldigungen des jüdischen Verfassers. Unter den Polenfreunden nennt er die Juden Birne, Blum und Karl Marx. Die Republik Polen und der brandenburgisch-preussische Staat sind für ihn geschichtliche Antithesen, Polen ist „das slavische Land der Freiheit“, Preußen dagegen die Verkörperung der harten Gewalt, die das soziale Element den Interessen des Staates unterordnet, das „Land des brutalen Despotismus und Militarismus“.

Sich hier mit dieser Auffassung des polnischen und des preussischen Staatsprinzips auseinandersetzen, hat keinen Zweck. In seinen Schlussworten weist Feldman selbst auf die Wandlung in den deutsch-polnischen Beziehungen hin. Wer kann man sie gleichzeitig ehrlich begreifen, indem man das Thema des deutsch-polnischen Gegensatzes in der Geschichte behandelt? Preußen und Deutschland sind nicht mehr in der Geschichte noch als Begriffe zu trennen. Wenn der Verfasser sie in Gegensatz stellte, so tat er es, um sich die Behandlung seines Themas auch heute zu ermöglichen. Doch wenn die Gegenwart dem Geschichtsschreiber fruchtbarere Anregungen gibt, so sollten es wichtigere und gegenwartsnähere Themen sein als gerade der Gegensatz Deutschlands und Polens in der Geschichte.

H-S.

**Mit dem Seedienst
nach Ostpreußen!**

Ein Landesverräter ist gestorben

Am 2. August starb in Paris Hellmuth (genannt Hella) von Gerlach im Alter von 69 Jahren. Es hat unter den zahlreichen Größen zweifelhaften Formats, die das Weimarer System dem deutschen Volke befehrt hatte, wohl keinen gegeben, dessen Name von den deutschen Ostmärkern mit größerer Erbitterung und Berachtung ausgesprochen wurde, wie der Name Hella von Gerlach. Hunderttausende deutscher Polen vor allem haben niemals vergessen, was die kalte Bosheit dieses doktrinären Vagabunden ihnen angetan hat. Wenn es sonst nichts gegeben hätte, was geeignet war, die Kritik der deutschen Ostmärker am Weimarer System herauszufordern, — die eine Tatsache, daß es dem Verräter und Henker ihrer Polen Heimat erlaubt war, bis zur nationalsozialistischen Revolution in Deutschland eine Rolle zu spielen, wäre Grund genug für sie gewesen, sich den Kräften im Innersten verbunden zu fühlen, die das Weimarer System bis zur völligen Vernichtung besäpftigten. Gegenüber einem Manne, der während des Krieges seine eigene Aufgabe darin erblickte, dem kämpfenden Heere seinen Rückhalt in der Heimat zu nehmen, der es sich in der Zeit des Zusammenbruchs zum Ziel gesetzt hatte, den Polen eine deutsche Provinz in die Hände zu spielen, der sich dann von den Feinden des Reiches als notorischer Denunziant und professioneller Landesverräter aushalten ließ, — einem solchen Manne gegenüber kann auch der Tod nichts Verjüngendes haben.

Ueber die erbärmliche Rolle, die Hella von Gerlach in der Zeit gespielt hat, in der er als Mann der Demokratischen Partei Unterstaatssekretär im Preussischen Ministerium des Inneren und als solcher Bearbeiter der polnischen Fragen war, ist viel geschrieben worden. An einiges ist noch einmal erinnert. Nach einer erblichen Aussage vor dem Amtsgericht Lichterfelde hat Gerlach einem Vertreter der polnischen Deutschen, der zu ihm, als dem verantwortlichen Manne im Ministerium, gekommen war, um die Möglichkeiten einer vorübergehenden Abwehr des heranrühenden polnischen Aufstandes zu erörtern, folgendes gesagt: „Was wollen Sie denn! Die Kulturträger in jenen Gebieten sind die alten polnischen Edelleute, nicht aber die schwächlichen Bauernämmer, die in den letzten dreißig Jahren dort von deutscher Seite angeführt worden sind!“ Hella von Gerlach hat das Bestehen einer polnischen Angriffsfront gegenüber allen Warnungen und Mahnungen von verantwortungsbewußter deutscher Seite

geleugnet. Er hat den Polen geradezu unter Einsatz seiner amtlichen Stellung die Wege zum Aufstand geebnet und ihnen die Tarnung ihrer Absichten erleichtert. Und unter Verächtlichmachung aller Vorschriften hat er die polnischen Gebietsanträge gegen das Lebensrecht deutscher Volksgenossen gefördert. Am 19. November 1918 kam er nach Polen, um sich über die dortige Lage zu „orientieren“. Er lehnte es ab, sich mit den Wortführern der Deutschthumsorganisationen in Verbindung zu setzen. Er unterließ es, den hohen deutschen Verwaltungsbeamten, mit denen er Besprechungen hatte, positive Anweisungen zum Schutze der Deutschen zu geben. Aber er konzentrierte auch mit den Führern des polnischen Lagers; und es genügt hier wohl, an das zu erinnern, was einer der polnischen Aufständischen, Z. Wieliczka, in seinem Buche „Von der Brona bis Kamitich“ über den „persönlich wohlwollenden Standpunkt“ des Unterstaatssekretärs mitgeteilt hat: „Die Konferenz mit von Gerlach am 19. 11. 1918 hatte eine grundsätzliche Bedeutung für die Organisation der polnischen bewaffneten Kräfte im preussischen Teilgebiet und war der Wendepunkt in der Tätigkeits der Gruppe der Anhänger des bewaffneten Aufstandes...“ Mitte Dezember war Gerlach noch einmal in Polen. Was er mit den polnischen Führern in nächstem und betrunkenem Zustand besprochen hat, ist nicht bekannt. Bekannt ist aber, daß er nach seiner Rückkehr nach Berlin dort die Vericherung abgab, daß in Polen alles in Ordnung sei und auf polnischer Seite niemand daran denke, den Entscheidungen der Friedenskonferenz vorzugreifen. Bekannt ist auch, daß wenige Tage darauf der polnische Aufstand losbrach.

Nichts von alledem ist vergessen und nichts ist verziehen. Vergessen ist auch nicht, daß Hella von Gerlach im Verein mit seinen Gefinnungsgenossen von der „Deutschen Friedensgesellschaft“ für französische und sächsische Bestechungsgelder jeden Verlust einer Aktivierung der deutschen Widerstandskräfte gegen das Versailles Diktat denunzierte. Seine „Welt am Montag“ war ein Organ des systematisch betriebenen Landesverrats. Er wußte, warum er nach der nationalsozialistischen Revolution Deutschland verließ. Er ging nach Paris, wo er zu den Mitarbeitern der Emigrantendruckerei vom Schlag des „Pariser Tageblattes“ gehörte, das dort der emigrierte Jude Georg Bernhard herausgibt. In der Wohnung des Passifanten Friedrich Wilhelm Förster machte ein Herzschlag dem Leben des Landesverrätters ein Ende.

Der Antisemitismus in Polen

Immer wenn in Deutschland die Judenfrage an Aktualität gewinnt, fängt man auch in Polen an, ihr eine größere Beachtung zu schenken. Die Regierungstreue vermeiden es allerdings noch wie vor, an diese ihnen peinliche Frage zu rühren. Reinlich ist sie ihnen einmal, weil sie praktisch keine Möglichkeit sehen, sie ohne tiefgreifende Erschütterungen zu lösen, dann aber wohl auch, weil sie selber mit jüdischen Kreisen so stark verflocht sind, daß sie nicht von ihnen loskommen können. Um so eifriger beschäftigen sich die Nationaldemokraten mit dem Judenproblem. Doch hat man den Eindruck, daß für sie der im polnischen Volke stets lebendige Antisemitismus häufig nichts anderes ist als ein Mittel, der Regierung Schwermüdigkeiten zu machen. Das Zutrauen, daß sie wirklich brauchbare Vorschläge davon haben, wie sich die Judenfrage in Polen lösen läßt, kann man zu den Rationaldemokraten nicht haben. Sie leben in der Judenfrage zunächst einmal ein logisches Problem. Sie stellen fest, daß die ungenügende Ueberlegung des Handwerkers und Kaufmannstandes mit Juden namentlich in den mittel- und ostpolnischen Landesteilen das Hochkommen eines lebensfähigen polnischen Mittelstandes erschwert oder völlig verhindert. Und weiter neigen sie dazu, die Judenfrage von der konfessionellen Seite her zu betrachten. Rassenpolitische Ueberlegungen treten hinter sozialen und konfessionellen Gesichtspunkten zurück. Das rassenpolitische Denken wird den Nationaldemokraten, noch mehr aber den Christlichen Demokraten, durch die hierfalsen

Bindungen, denen sie sich verschrieben haben, erschwert. Es fehlt diesen Kreisen noch die innere Freiheit, die notwendig ist, um die Sprache der Tatsachen dem Zwang des Dogmas überzuordnen. Dazu kommt als drittes Element, das einen wirklichen Durchbruch rassenpolitischen Denkens in diesen Kreisen behindert, daß sie es bisher nicht fertiggebracht haben, sich von der geistigen und kulturellen Vormundschaft Frankreichs, also eines Landes zu lösen, in dessen herrschenden Schichten es ein lebendiges Rassenbewußtsein nicht gibt. Und schließlich werden sie auch durch ihre eingeschworene Feindschaft gegen Deutschland noch recht häufig dazu verleitet, an der Judenpolitik des Dritten Reiches herumzufaseln, anstatt sie als ein Auftriebselement ihrer antijüdischen Propaganda zu nutzen; die Kritik an Deutschland erscheint ihnen oft noch wichtiger als die Betätigung ihrer antisemitischen Gewinnung.

Immerhin kommt es des öfteren auch vor, daß führende Köpfe der Nationaldemokraten diese Hemmungen überwinden. So schrieb Prof. Stanislaus Rozicki vor kurzem im „Warszawski Dziennik Narodowy“: „Die Entfernung der Juden aus dem Leben der europäischen Nationen ist nicht nur nachahmenswürdig, sondern dient auch den polnischen Interessen, weil sie die Juden politisch schwächt. Diejenigen, denen in dieser Hinsicht Zweifel aufkommen, mögen sich in den Ländern Europas umschauen, wo man die Juden in den Mittelpunkt des nationalen

Lebens stellt und die eigenen Volksgenossen als die größten Feinde behandelt. Ich bitte zu entscheiden: Welcher Staat ist kulturell höherstehend und menschlicher, derjenige, der den Juden nicht nur Rechte, sondern sogar Privilegien gibt, sie als gute Bürger ansieht und seine eigenen Söhne, die einen anderen politischen Glauben bekunden, befreit schiebt, oder derjenige, der die Juden von sich schiebt und sich bemüht, die eigenen Söhne in einer unzerbrechbaren Einheit zusammenzufügen?"

Das politische Volk ist, trotzdem oder vielmehr gerade weil es seit Jahrhunderten in enger Nachbarschaft mit den Massen des Ostjudentums zu leben gezwungen ist, in seinem inneren Wesen antisemitisch. Aber es hat ihm immer an Führern in seinem Gegen die jüdische Lieberföndung gerichteten Abwehrkämpfe gefehlt. Auch hat sich angefehlt der nicht gebrängten Massen, in denen das Judentum in den mittel-, süd- und ostpolnischen Gebieten vielfach liegt, eine zwar jubenfeindliche, aber doch fatalistisch Einstellung zu der Judenfrage bereitgemacht, eine Einstellung, die zwar das Feindliche und Gefährliche der Anwesenheit mehrerer Millionen jüdischer „Mitbürger“ erkennt, deren Vorhandensein aber als ein historisch geworbenes, unvermeidliches Uebel ansieht.

Eine gewisse Aktioität ist in dieser Hinsicht jedoch in den ehemals preußischen Gebieten vorhanden. Auch in Polen und Pommerellen haben vor zwei und drei Menschenaltern, als Erde aus der Zeit des alt-polnischen Reiches, noch eine nichtgebrängte Masse jüdischer Bewohner gehobt. Diese haben aber, als die jüdisch-liberale Politik in Preußen einsetzte, vor allem bei der Gründung des Deutschen Reiches, in hellen Scharen diese Provinzen verlassen, um anderswo ein einträglicheres Fortkommen zu suchen. Die damals dort noch zurückbleibenden Juden haben es dank des wirtschaftlichen Aufstieges, den diese Gebiete im Verbands des Deutschen Reiches erlebten und der ihrer spezifischen „Geschäftslöglichkeit“ eine freie Entfaltungsmöglichkeit bot, im allgemeinen zu Wohlstand gebracht, der ihnen vielfach den Eintritt in die deutsche bürgerlich-liberale Gesellschaft geöhnet hat, — was dem geistlichen Gesicht dieser Schicht manche nicht eben vorteilhafte Züge aufgeprägt hat. Diese im Lande verbliebenen Juden sind in der Umsturzzeit nach dem Kriege im Zuge der deutschfeindlichen Politik der neuen polnischen Landesherren nationaldemokratischer Öffnung bis auf geringe Reste aus

dem Lande hinausgebrängt worden. Polen und Pommerellen (bei Ostoberschlesien liegen die Verhältnisse ähnlich) waren nach dem Umsturz die jubenreinste Gebiete des polnischen Staates. Sie sind es auch heute noch. Aber seit Jahren schon ist eine starke Zuanwanderung ost-jüdischer Elemente in die westpolnischen Gebiete (und nach Ostoberschlesien) aus den übrigen Landesteilen Polens im Gange. Die dortigen Polen haben sich zwar nicht als fähig erwiesen, diesen unerwünschten Zugang fernzuhalten, aber sie sind gegenüber diesem raschenden Fremdbroker, weil sie in ein Zusammenleben mit ihm nicht gewöhnt sind, weit empffindlicher als die Polen jenseits der alten deutsch-russischen Grenze. Daher gehen denn auch die antisemitischen Strömungen, die sich in Polen bemerkbar machen, im wesentlichen von den ehemals deutschen Gebiets-teilen aus.

Vor allem hat Ostoberschlesien schwer unter dem jüdischen Zugang zu leiden. Von hier nahm denn auch im Jahre 1933 der Verlust, eine antisemitische Partei ins Leben zu rufen, ihren Ausgang. Dieser Verlust ist jedoch bald wieder an der Unzulänglichkeit der leitenden Leute und am Widerstande der Regierung gescheitert, die sich auf innerpolitischem Gebiet von jüdischen Einflüssen nicht freizubalten vermag. In letzter Zeit hat sich ein neues Anmahnen der jubenfeindlichen Aktioität bemerkbar gemacht. Das jüdische Händler verprügelt, jüdische Geschäfte demoliert, anmahnen auftretende Juden mit Brandgasgewalt in die ihnen gezogenen Schranken verwiesen werden, das ist in Polen niemals eine Seltenheit gewesen. Man liebt es aber nicht, von solchen Vorhaben ein großes Aufsehen zu machen, und das Ausland weiß wenig davon. Diese häufigen Vorkommnisse lassen immerhin erkennen, daß in der Masse des polnischen Volkes die psychologischen Voraussetzungen eines konsequenten und organisierten Abwehrkampfes gegen die Juden durchaus vorhanden sind. Aber es fehlt, wie gesagt, noch an einer geeigneten Führung, und es fehlt noch die entsprechende Einstellung der regierenden Kreise. Ohne das Vorhandensein einer vollstümlichen Führung in diesem Kampfe und ohne das ordnende Eingreifen einer starken Regierung ist es nicht möglich, an eine Regelung der Judenfrage in Polen zu denken. Bis dahin werden auch die Versagerungen der antisemitischen Grundbestimmungen der Bevölkerung immer nur lokale Bedeutung behalten.

Neuer Vorstoß gegen den Fürsten von Pleß

Im Juli wurde vor dem Pleßer Gericht eine aufsehenerregende Klage gegen den Fürsten von Pleß verhandelt. Zwei Kleinpächter hatten gegen den Fürsten auf Heraushebung des Pachtzinses und Rückzahlung des angeblich zu viel gezahlten Zinses geklagt. Die Kläger stützten sich dabei auf das polnische Aderpacht-Schutzgesetz vom 31. Juli 1924, durch das der höchstzulässige Pachtzins je Hektar auf den Gegenwert von 150 Kilogramm Roggen festgelegt wurde. Die Kläger argumentierten nun folgendermaßen: Der Gegenwert von 3 Zentner Roggen, also der Pachtzins je Hektar, betrage bei Boden erster Klasse 21 Zloty oder je Morgen 5,25 Zloty. Da im Kreise Pleß der Ackerboden fast ausnahmslos zur vierten Klasse gehöre, dürfe die Pacht je Morgen nur 3,50 Zloty betragen. Das Pleßer Gericht folgte der Beweisführung der Kläger und verurteilte ein Urteil, durch das der Pachtzins je Morgen aus 3 Zloty herabgesetzt und der Fürst von Pleß, bzw. die Zwangsverwaltung verpflichtet wurde, die zu viel gezahlte Pacht auf die kommenden Jahre anzurechnen.

Es handelt sich hier um ein ganz ungeheuerliches Urteil, das typisch für die polnische Rechtsprechung polnischer Gerichte ist. Als Kläger traten vor Gericht zwar nur zwei Pächter auf. Als Interessenten aber standen in diesem Prozeß 6968 Kleinpächter, die insgesamt über 3600 Hektar fürstliches Land gepachtet haben, hinter den Klägern. Das muß man sich vergegenwärtigen, um den eigentlichen politischen Sinn des Urteils zu begreifen. Fast 7000 Kleinpächter, die mit ihren Angehörigen mehrere Zehntausend Menschen ausmachen, sollen durch dieses Gerichtsmanöver gegen den Fürsten von Pleß aufgefuppelt werden. Es ist ein Seelenkauf ganz großen Stils, der hier von

polnischer Seite betrieben wird, und der sich förmgerecht in die übrige Entschuppungspolitik einordnet. Auf Grund des Urteils ergibt sich folgende Berechnung: Für 3600 Hektar Pachtland wurden bisher im Durchschnitt je 80 Zloty Pacht im Jahre gezahlt, ein in Oberschlesien üblicher Satz. Sämtlich wurden also insgesamt (unter Außerachtlassung der Rückstände) 288 000 Zloty Pacht entrichtet. Für die Zeit von 1924 bis 1935, also für einen elfjährigen Zeitraum, betrug demnach die zu zahlende Pacht etwa 3,17 Mill. Zloty. Wenn nun nach Meinung des Pleßer Gerichts je Hektar nur 12 Zloty zu zahlen wären, so bedeutet das, daß im Laufe der 11 Jahre von den Pächtern insgesamt fast 2,7 Mill. Zloty zu viel gezahlt worden sind. Wenn weiter, wie das Gericht es bestimmt, diese Summe auf die kommenden Jahre angerechnet wird, so heißt das, daß die Pächter 40 Jahre lang überhaupt keine Pacht mehr zu zahlen haben. Das Urteil kommt also einer Einzigung des gesamten verpachteten Landes gleich.

Der Vertreter des Fürsten von Pleß hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Ganz abgesehen davon, daß die Anwendbarkeit des Pachtzinsgesetzes auf Ostoberschlesien fraglich ist, ist auf folgendes zu verweisen: Das Urteil legt den Pachtzins je Hektar auf 12 Zloty fest. Die fürstliche Verwaltung hat aber je Hektar des verpachteten Landes allein an Pachtsteuer und sonstigen Abgaben jährlich 24 Zloty zu entrichten. Eine Durchföhrung des Urteils würde also bedeuten, daß die fürstliche Verwaltung nicht nur 40 Jahre lang keine Einnahmen aus dem Pachtland bezieht, sondern jährlich auch noch 86 400 Zloty im Laufe des 40jährigen Zeitraumes fast 3,5 Mill. Zloty an öffentlichen Abgaben zu zahlen hat. Daß das unmöglich ist, versteht sich von selbst.

Litauische Geschichten

Der 1. Kongreß der Auslandslitauer in Kaunen

Nach längeren Vorbereitungen fand in Kaunen am 11. August die erste Tagung der Auslandslitauer statt. Der Kongreß, der von dem 1932 gegründeten Verein zur Unterstützung der Auslandslitauer veranstaltet wurde, war von etwa hundert Delegierten der auslandslitauischen Gruppen aus Lettland, Deutschland, England, Frankreich, Italien, Spanien, den Vereinigten Staaten, Argentinien, Brasilien, Uruguay, Afrika und Mexiko besucht. Mit dem Kongreß waren verschiedene Sonderberatungen, so für die auslandslitauischen Lehrer, verbunden. Am zahlreichsten war die litauische Gruppe aus den Vereinigten Staaten vertreten. Die Litauer aus Polen und der Sowjetunion konnten an der Tagung nicht teilnehmen. Die in Deutschland angeblich vorhandenen Litauer aber waren vertreten. Mit der Tagung war eine Ausstellung verbunden, die einen Leberbid über Stärke und Leben der Auslandslitauer vermitteln sollte.

Die Tagung begann mit einem politischen Skandal. Um die breitere Öffentlichkeit an dem Ereignis teilnehmen zu lassen, wurde die Eröffnungsfeier durch den Kaunener Sender verbreitet. Der Sender ließ sich jedoch veranlassen, die Übertragung der Begrüßungsreden mehrfach zu unterbrechen und schließlich ganz einzustellen. Denn verschiedene führende Leute der oppositionellen Parteien benutzten die lange erbehrte Gelegenheit, sich dem litauischen Volke wieder einmal vernehmlich zu machen, dazu, innerspolitische Fragen zu erörtern. Nach der Rede des Staatspräsidenten Štoma begrüßte B. B. der ehemalige litauische Staatspräsident Šulginskis, der seit Jahren politisch fast gestillt ist, den Kongreß der Auslandslitauer in seiner Eigenschaft als Präsident des seit 1927 aufgelösten Parlaments; er stellte sich in Gegenwart der Regierung als Vertreter der allein als gesetzlich anzuerkennende Staatsinstanz vor! Auch der letzte parlamentarische Ministerpräsident, Štepaševičius, der der Führer der oppositionellen Volkssozialisten ist und eine führende Rolle im Verband zur Unterstützung der Auslandslitauer spielt, fiel aus der Rolle. Er griff, wie auch noch einige andere Redner, die Regierung scharf an. Von einem der Redner wurde sogar die Beratung innerpolitischer Fragen Litauens durch den Kongreß gefordert. Die Eröffnungsfeier wurde auf diese Weise beinahe zu einer regierungsfeindlichen Kundgebung der litauischen Oppositionsparteien. Auf die Auslandslitauer muß das einen sonderbaren Eindruck gemacht haben. Die Leberzeugung, daß in ihrem Mutterlande alles in Ordnung ist, haben sie auf diesem Kongreß sicherlich nicht gewonnen. Auch sonst sind die Zustände, die sie in Litauen angetroffen haben, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, sicherlich wenig geeignet gewesen, Vertrauen zu diesem Staatswesen, das ihre Heimat ist, zu schöpfen. Die einzigen, die an der Politik ihres Mutterlandes vielleicht ihre Freude gehabt hätten, die kommunalistisch organisierten Auslandslitauer, waren nicht geladen.

Großmacht auf Schwelbische

Vor kurzem wurde in Kaunen und Moskau der 15. Jahrestag des russisch-litauischen Friedensschlusses gefeiert. Die Reden, die anlässlich dieser Feier gehalten wurden, legten Zeugnis ab von dem Zustand litauischer Unterwürfigkeit, in dem sich die Kaunener Regierung gegenüber den Machthabern des Moskauer Kreml befindet. Litvino - Vintilstein sprach von Litauen als einem Lande, das durch seine geographische Lage dazu bestimmt ist, „eine Vorwauer des Friedens in Osteuropa“ (1) zu bilden. Bakručiailis, der litauische Botschafter in Moskau, verneigte sich beifolgend über „unbegrenzte Macht“ der Sowjetunion, die „in den jetzigen traurigen Zeiten als das Hauptmoment des allgemeinen Friedens so unbedingt notwendig ist“. Auch in Kaunen wurden bei dieser Gelegenheit ähnliche Reden gehalten. Hier nahm der bolschewistische Statthalter Litauens, Genosse Karfki, die Jubildungen der regierenden Bolschewiker entgegen, die nach oben (vor Moskau) buckeln und nach unten

(auf das Memelland) treten. Der Rückhalt an Moskau, dessen sie sicher zu sein glauben, hat die Leute in Kaunen schier größtmwahnsinnig gemacht. Sie vergessen, beraucht und verwirrt von den Verheißungen ihrer Moskauer Gönner, daß sie über einen Staat von nur zwei Millionen Menschen regieren. Sie wandeln in den Regionen der großen Politik wie der kleine Moses im christlichen Himmel. Und es ist fast symbolisch, daß sie ihre Großmachtkomplexe ausgedrückt auf Schwelbische abtragen. Eine litauische Firma macht auf den Dolan, in denen sie diese Ware feilbietet, für ein größeres Litauen durch eine sehr abschließ-



reiche Kartenflüge, die die politischen Hoffnungen der in Kaunen regierenden Leute verrät, Propaganda. Die Zeichnung ist freilich sehr ungenau, die Maßstäbe sind reichlich verkehrt. Aber die Flage läßt doch immerhin so viel erkennen, daß die betreffende Firma die Absicht hat, die litauischen Schuhmacher für einen Staat zu begeistern, der mit seinem heutigen Gebiet noch den größeren Teil des Wilna - Korridor, die Gegenden von Suwalki, Grodnau und Augustow und schließlich auch noch das nördliche Ostpreußen bis Königsberg und Biala vereint. Das mögen etwa die Kunsthgrenzen sein, um derenwillen die Leute in Kaunen sich den Moskauer Bolschewiken verdrieben haben. Nicht daß es in Litauen Leute gibt, die derartige Hoffnungen hegen, ist hierbei bedenklich, sondern die Tatsache, daß es Moskau gelangt, mit solchen Hoffnungen der litauischen Staat zu einem Vorfeld seiner Angriffsstellung gegen Europa zu machen.

Kurtauskas bestätigt die Wahlfällungen

Die litauische Regierung hatte ursprünglich die Absicht, die Wahlen zum memelländischen Landtag am 29. September unter einem neuen, nach ständischer Manier aufgemachten Wahlrecht stattfinden zu lassen. Die Einführung eines solchen Wahlrechtes, das die Befundung des nationalpolitischen Willens grundsätzlich ausschließt, steht in striktem Gegensatz zu den einschlägigen Bestimmungen des Memellandstatuts. Jeneffalls ist der Verlust, das geltende Wahlrecht in seinen grundsätzlichen Bestimmungen außer Kraft zu setzen, geeignet, auf den Widerspruch der Signatarmächte zu stoßen. Mit Rücksicht darauf scheint die Regierung in Kaunen nun diesen Plan aufgegeben zu haben. Mit um so größerem Nachdruck treibt sie dafür jedoch ihre anderweitigen Bemühungen um eine Verfallung des memelländischen Volkswillens vorwärts. Das in Kaunen in russischer Sprache erscheinende „Echo“ veröffentlichte kürzlich eine Unterredung mit dem litauischen Gouverneur des Memelgebietes, Kurtauskas, in deren Verlauf dieser sich über die Durchführung der litauischen Wahlfällungen äußerte. Bisher, erklärte Kurtauskas, seien nur die durch seinen Vorgänger Kanatas eingeleiteten Wahlfällungs-kommissionen in die Amtspässe von etwa 30.000 memelländischen Bürgern „nachgeprüft“ worden; und bei der „Nachprüfung“ habe man bisher schon

11 000 Wähler, die „ohne die erforderlichen Unterlagen“ ausgestellt worden seien. Man muß es nun als sicher annehmen, daß den Inhabern dieser Wähler die memelländische Bürgerrecht und damit auch das Recht, am 29. September an der Wahl teilzunehmen, aberkannt wird, obwohl es sich fast durchweg um Personen handelt, die schon vor der Besetzung von Deutsch-Polen im Memelland anständig waren und an allen früheren Wahlen ohne Beanstandungen von litauischer Seite teilgenommen haben. Die Zahl der Inhaber der jetzt beanstandeten Wähler wird sich bis zum Wahltag voraussichtlich noch ganz erheblich erhöhen.

Bei der Landtagswahl von 1932 wurden 52 868 deutsche Stimmen abgegeben. Auf die litauischen Listen entfielen damals 11 961, auf die Splittergruppen ohne festen Volksstammeslisten 856 Stimmen. Das Bestreben der litauischen Behörden geht dahin, die Zahl der deutschen Wähler durch die Entziehung des Wahlrechtes möglichst herunterzudrücken und auf der anderen Seite die litauische Wählerschaft künstlich in die Höhe zu treiben. Das eine geschieht durch das erwähnte Ränöver mit den Inlandsreisen und durch ähnliche, nicht minder rechtswidrige Mittel, das andere durch die unberechtigte Einbürgerung landfremder Gesindel, von jenseits der alten deutsch-russischen Grenze. Wenn man (auf Grund litauischer Angaben) die Zahl der Deutschen, die an der Ausübung ihres Wahlrechtes durch die „Wahl-

prüfungen“ und andere Maßnahmen der litauischen Stellen gebindert werden, mit 11 000 und die Zahl der rechtswidrig eingebürgerten Großlitauer mit 15 000 annimmt, läßt sich unter Zugrundelegung des Wahlergebnisses von 1932 bei den bevorstehenden Wahlen folgende Stimmenverteilung errechnen: 42 000 Deutsche gegen 28 000 Litauer. Die Wahrsprache ist nun aber durchaus nicht das einzige Mittel, mit dem die Litauer die deutsche Wählerschaft zu bestimern bemüht sind. Es kommt hinzu die völlige Unterdrückung der Versammlungs- und Propagandafreiheit der deutschen Parteien. Man braucht sich nur einmal das „Memeler Dampfboot“ anzusehen, um festzustellen, daß es dieser einzigen, im Memelgebiet noch bestehenden deutschen Zeitung unter der Herrschaft des Kriegszustandes und des Zuchtstrafgesetzes völlig unmöglich ist, auch nur den Versuch einer Verberichtigung deutscher Volksmängel zu unternehmen. Es ist, wenn hier nicht noch ein gründlicher Wandel eintritt, also damit zu rechnen, daß die Zahl der deutschen Memelländer, die am 29. September zur Wahlurne gehen können, noch weit unter die oben angegebene Zahl von 42 000 sinken wird. Daß ein Landtag, der unter solchen Bedingungen zustande kommt, nicht als Ausdruck des memelischen Volkswillens gelten kann, steht von vornherein fest.

Ostland-Chronik

Das Anlegerecht polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen

Der Danziger Senat und die polnische Regierung sind übereingekommen, die am 13. August 1932 abgeschlossene Vereinbarung über das Anlegerecht polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen auf die Dauer von drei Jahren zu verlängern. Ein entsprechendes Protokoll wurde vom Senatspräsidenten Grzejer und dem diplomatischen Vertreter Polens, Papée, unterzeichnet. Die erwähnte Vereinbarung bezieht sich auf polnische Kriegsschiffe und andere, nicht handelsmehrer dienende polnische Schiffe. Die polnische Regierung ist nach der Vereinbarung gehalten, zu Beginn jedes Jahres dem Danziger Senat auf amtlichem Wege die Namen derjenigen Schiffe mitzuteilen, die im Laufe des Jahres dem Danziger Hafen Gebrauch machen werden. Der diplomatische Vertreter Polens hat dem Senat bzw. dem Vorkommandanten des Danziger Hafenauslaufes die bevorstehende Ankunft polnischer Kriegsschiffe spätestens bis 18 Uhr am Tage vor dem Einlaufen unter Angabe der Schiffe sowie des Zweckes und der Dauer des Aufenthaltes im Danziger Hafen mitzuteilen. Wenn der Besuch der Schiffe aus wirtschaftlichen Gründen (Ergänzung der Vorräte, Reparaturen) erfolgt, verzichtet der Danziger Senat auf den sonst üblichen Salut und offizielle Besuche. Die Bordkassen der Hafenanitätspolizei sollen nicht für solche polnische Kriegsschiffe gelten, die unmittelbar aus polnischen Häfen kommen. Zur Ueberwachung der Landurlaub der polnischen Kriegsschiffe dürfen mit Genehmigung des Danziger Polizeipräsidenten u. bewaffnete Patrouillen entsandt werden. Wenn diese Genehmigung nicht erteilt wird, ist die Ablehnung zu begründen. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten soll der Völkerbundskommissar eine sofort vollstreckbare Entscheidung zu treffen berechtigt sein, unbeschadet des den Parteien zustehenden Berufungsrechtes an den Völkerbundsrat. Die Vereinbarung soll, wie erwähnt, auf weitere drei Jahre gelten. Sie soll als jeweils um drei Jahre verlängert gelten, wenn sie nicht drei Monate vor Ablauf der Frist gekündigt wird.

Eine Hand voll Erde

Bei Krakau wird zur Zeit ein Erdhügel zu Ehren des verstorbenen Marschalls Piłsudski aufgeschüttet. Minister und Arbeiter, Generale und Pfadfinder, Polen und Juden nehmen an dieser Aufschüttung teil. Auch von den verschiedensten auslandspolnischen Gruppen wurde Erde zu diesem Hügel gebracht oder geschickt. So ist u. a. auch Erde vom Annaberg von einer Abordnung des in Westoberschlesien wohnenden polnischen Volkspolitikers dorthin gebracht worden. Kürzlich fand dann auch auf der Danziger Westerpforte eine Feier statt, bei der

Erde für den Piłsudski-Hügel in ein Säckchen geschüttet wurde. Bei dieser Gelegenheit hielt der Direktor des polnischen Gymnasiums in Danzig eine Ansprache, in der er u. a. erklärte: „Es hat sich gut gekücht, daß diese Erde aus Danzig, von der Westerpforte, wo ein polnischer Soldat steht, auf den Ehrenhügel für Marschall Piłsudski kommt. Dies zeugt von der Verbundenheit mit Polen und ist ein Symbol der Einigkeit und des Einverständnisses mit dem Danziger Polentum.“ Es ist nicht ganz klar, wie die Tatsache, daß irgendjemand in Danzig eine Schippe voll Erde einsteckt, ein Zeichen der Verbundenheit Danzigs mit Polen sein soll.

Rückgang des Danziger Hafenvorkehr

Der Danziger Hafenvorkehr ist im ersten Halbjahr 1935 im Vergleich zu derselben Zeit des Vorjahres ganz erheblich zurückgegangen. Es betrug in Tonnen im

	1934	1935
Einfuhr	235 317,8	294 965,8
Ausfuhr	2 870 832,4	2 068 404,6
Belaumungschlag	3 106 150,2	2 363 370,4

Demnach ist die seemäßige Einfuhr über Danzig in der erwähnten Zeit um 59 648,0 Tonnen gesunken, was auf eine Zunahme der Einfuhr geringwertiger Massenartikel zurückzuführen ist. Dagegen ist die seemäßige Ausfuhr um 802 427,8 Tonnen zurückgegangen. Dieser Rückgang ist in der Hauptsache durch eine starke Verringerung des polnischen Kohlenexportes verursacht worden. Der Kohlenexport über den Danziger Hafen hat im ersten Halbjahr 1934 1,87 Mill. Tonnen, in der gleichen Zeit dieses Jahres dagegen nur noch 1,11 Mill. Tonnen betragen. Ganz im Gegensatz zu dieser rückläufigen Entwicklung des Danziger Hafens hat der Hafen von Gdingen weiterhin eine Zunahme seines Warenumschlages zu verzeichnen. Er ist in den ersten sechs Monaten dieses Jahres mit 3 489 514,1 Tonnen um 1 126 143,7 Tonnen größer als der Danziger Umschlag gewesen. Der gesamte seemäßige Außenhandel Polens ist im ersten Halbjahr 1935 zu drei Fünfteln über den Gdingener und nur noch zu zwei Fünfteln über den Danziger Hafen gegangen. Mit dem Hafensabkommen von 1933 läßt sich diese Verteilung nicht vereinbaren.

Wieder ein deutscher Bauer enteignet

Nachdem erst vor kurzem ein deutscher Besitzer durch Anwendung des Verkaufsrechtes von Haus und Hof vertrieben worden ist, hat sich am 20. Juli ein neuer derartiger Fall ereignet. Der Landwirt Heinrich

Arndt hatte im Jahre 1921 in Schwarzbrück (Kreis Thorn) eine 70 Morgen große Wirtschaft gekauft. Das Bezirksamt in Graubenz machte im Jahre 1923 das Vorkaufsrecht geltend und ließ sich im Jahre 1924 als Eigentümer im Grundbuch eintragen. Arndt erlitt diese Enteignungsmaßnahme nicht an. Darauf erhob der Fiskus gegen ihn Klage, die das Appellationsgericht in Thorn gegen Arndt entschied wurde. Alle Bittgesuche blieben erfolglos. Auch die Tatsache, daß in Genuß vor dem Vorkauf und die Anwendung des Vorkaufsrechtes durch den Fiskus für unzulässig erklärt worden ist, konnte dem deutschen Bauern seinen Besitz nicht mehr retten. Am 20. Juli wurde Arndt aus seinem Besitz herausgeworfen. Den jeinerzeit von ihm gezahlten Kaufpreis erhält er nicht zu rück. In zivilisierten Ländern nennt man so etwas Diebstahl. In Polen hat man andere Rechtsbegriffe. Die polnischen Behörden lassen sich durch die deutsch-polnische Annäherungspolitik in der weiteren Anwendung ihrer alten Enteignungsmaßnahmen nicht föhren. Bieleicht äußert sich die Polenpresse einmal dazu. Zur Zeit schreiben noch 48 weitere Vorkaufspröjekte, mit deren Entscheidung zu ungunsten der deutschen Besitzer man angesichts der mangelhaften Befundung des polnischen Rechtsempfindens rechnen muß.

Ein Minister verspricht, aber . . .

Die Vorliegenden der Deutschen Arbeitergewerkschaft und des Gesamtverbandes deutscher Angestellten, Janowski und Korusdowicz, sind beim Minister für soziale Fürsorge in Warschau wegen der fortdauernden, wirtschaftlich nicht zu rechtfertigenden Entlassungen deutscher Arbeiter und Angestellten der ostoberschlesischen Industrie vorstellig geworden. Der Minister hat auf die Beschwerden u. a. geantwortet: „Das Ministerium für soziale Fürsorge, wie auch die polnische Regierung stehen auf dem Standpunkt, daß alle Arbeitnehmer ohne Unterschied ihrer Volkszugehörigkeit gleichberechtigt zu behandeln sind. Der deutsche Arbeitnehmer hat dasselbe Recht wie jeder andere Staatsbürger.“ Der Minister sagte ferner zu, alle ihm vortragenen Fälle einer unterschiedlichen Behandlung deutscher Arbeitnehmer zu prüfen und die oberbschlesische Industrie nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß bei Entlassungen und Neueinstellungen nur nach sozialen Gesichtspunkten zu verfahren ist. Diese Zusicherungen und Feststellungen des Ministers sind ja an sich recht erfreulich. Es hätte jedoch mehr interessiert, zu erfahren, was der Minister zu jenem Aufschrei der Dinge bei Grazynki und seinen Leuten Geltung zu verschaffen.

Die Arbeitslagerbewegung in Polen

Nur böernd hat sich Polen entschlossen, sich auch seinerseits die guten Ergebnisse nutzbar zu machen, die andere Länder mit der Unterbringung ihrer jungen Mannschaft in Arbeitslager zu verzeichnen hatten. Da man sich aber noch wie vor nicht entschließen konnte, in diesen Arbeitslagern etwas anderes als eine Notmaßnahme für erwerbslose Jugendlicde zu sehen, ist die Zahl der bestehenden Arbeitslager in Polen heute noch gering. Nach einer Mitteilung im Juliheft 1935 der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ gab es im Jahre 1934 in Polen 60 Lager (davon 6 für junge Mädchen) mit insgesamt 9000 Jugenblidchen, die von der „Gesellschaft zur Unterstützung Arbeitsloser“ betreut werden, und rund 2600 Arbeitsdienstwillige, die in der Wojewodschaft Schlesien von der dortigen Provinzialverwaltung in Lager zusammengefaßt sind. Die große Wehrzahl der im polnischen Arbeitsdienst stehenden Jugenblidchen ist bei Regulierungsarbeiten für die Weichsel und Warthe eingeetzt, teils v. h. werden beim Bau von Landstraßen und Eisenbahnen oder in industriellen Werksstätten beschäftigt, und 5 v. h. sind mit der Herstellung von Sportplätzen usw. beauftragt. Rund 100 junge Mädchen arbeiten in der Landwirtschaft. Die Teilnahme am Arbeitsdienst ist völlig freiwillig. Gearbeitet wird täglich sechs Stunden, während zwei Stunden der sportlichen Erfrischung, militärischen Ordnungsübungen und dem staatsbürgerlichen Unterricht gewidmet sind.

Fortschritte der polnischen Volkspolster in Deutschland

Am 27. Juli fand in Ratibor die Bezirksversammlung des Polenbundes statt. Nach dem Bericht der Oppelner „Nowiny Codzienne“ berichtete der Bezirksvorsitzende Szegajewski über die Entwicklung der polnischen Arbeit in Deutschland u. a. folgendes: Die Lage der polnischen Bevölkerung in Deutschland sei „im Vergleich zur früheren Lage erträglicher geworden“. Die polnische Bevölkerung habe „die gebührende Achtung erlangt“ und kämpfe erfolgreich um ihre nationalen Rechte. Ein greifbarer Beweis dafür sei die Zuerkennung des Öffentlichkeitsrechtes an das polnische Gymnasium in Beuthen. Mit dem Bau des zweiten Gymnasiums für die männliche Jugend werde in Oppelnen, und zwar in Marienwerder, begonnen werden; die erste höhere polnische Lehranstalt für Mädchen werde in Ratibor erbauet. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet seien Erfolge zu verzeichnen. Die polnischen Genossenschaften begannen sich nach einer schweren Zeit der Kriege zu entwickeln, und die Spigenorganisation, der Verband polnischer Genossenschaften in Deutschland, habe das eigene Revisionsrecht erhalten. Das polnische Organisationsleben erfahre von Monat zu Monat eine stärkere Belebung, wofür die prächtigen Lagunen, die in den letzten Monaten stattgefunden hätten, ein Beweis seien. Vor allem läßt sich eine starke nationale Bewegung unter der polnischen Jugend bemerken, die treu den Spuren ihrer „heldenhaften Vorfahren“ folge. „Die Leute vom Polenbund lieben es, um sich bei den Mitgliedern ihres Verbandes ins rechte Licht zu setzen, die Fortschritte, die im Leben der polnischen Volkspolster in Deutschland zu verzeichnen sind, ausschließlich auf das Konto ihrer Arbeit zu buchen. Es gehört nicht viel Ueberlegung dazu, um zu erkennen, daß diese Arbeit erfolgreich sein würde, wenn auf deutscher Seite nicht die Bereitschaft bestände, den polnischen Volkspolstern die Möglichkeit ihrer freien Entwicklung auf kulturellem Gebiet zu gewähren.“

Rückgang der Bevölkerungszunahme in Polen

Die polnische Presse ist über den scharfen Rückgang der natürlichen Bevölkerungszunahme in Polen beunruhigt. Im ersten Viertel dieses Jahres hat die Zunahme 75 158 Personen betragen, das sind 18 000 weniger als in der gleichen Zeitpanne des Vorjahres. Im Jahre 1931 betrug der natürliche Bevölkerungszuwachs Polens 470 870 Personen, im Jahre 1934 nur noch 401 973 Personen. Weiben die Verhältnisse so, wie sie im ersten Quartal waren, so ist im Jahre 1935 mit einem Zuwachs nur noch etwa 300 000 Personen zu rechnen. Die Gründe dieses Rückganges sind verschiedener Art. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß sich in Polen sehr die Geburtenausfälle der Kriegsjahre bemerkbar zu machen beginnen. Das ist in Polen wegen des durchschnittlich niedrigeren Heiratsalters etwas früher als in den mittel- und westeuropäischen Ländern der Fall. Dann aber ist ganz im Gegensatz zur bisherigen Entwicklung eine nicht unwesentliche Zunahme der Sterblichkeit festzustellen. Im ersten Viertel dieses Jahres betrug die Sterblichkeitsziffer 17,7 aus Tausend, im Jahre 1934 dagegen nur 14,4 aus Tausend. Zu dieser Ansteigerung der Sterblichkeitsziffer hat vor allem eine auffällig starke Zunahme der Säuglingssterblichkeit beigetragen. Von 100 Neugeborenen starben im ersten Viertel dieses Jahres 15,5. Hierin macht sich zweifellos die allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen, unter der die breiten Massen der Bevölkerung Polens zu leiden haben, bemerkbar. Die anhaltende Kriege, die nur in geringem Maße und nur vorübergehend durch konjunkturelle Besserungen ein wenig aufgelockert werden konnte, wirkt sich in zunehmendem Maße lähmend auf die bevölkerungspolitische Energie Polens aus. Sie trägt auch am Rückgang der Geburtenziffer einen wesentlichen Teil der Schuld. Diese Ziffer betrug im Jahre 1931 noch 30,2 aus Tausend, im Jahre 1934 nur noch 26,5 aus Tausend und ist weiter im Sinken.

Emigrantentaxationen

Zu dem deutsch-polnischen Vorkommen über die Behandlung der Emigrantentaxationen wird noch mitgeteilt, daß die polnischen Finanzämter die Herausgabe mitgelieferter Wertpapiere allgemein von der Rückgabe der Originalquittung abhängig machen.

Polen als Kriegsgewinnler

Die Vieh- und Fleischpreise in Polen, vor allem in den westpolnischen Gebieten, sind in letzter Zeit sprunghaft gestiegen. In Polen-Bannern sind binnen ganz kurzer Zeit für Speck um Preissteigerungen von 50 und mehr vom Hundert zu verzeichnen. Aus Meldungen der polnischen Presse läßt sich entnehmen, daß diese für die Landwirtschaft gewiß erfreuliche Entwicklung mit den italienischen Klagen gegen Abzweigungen zusammenhängt. Italien hat für die Verpflegung seiner Expeditionsarmee große Aufträge landwirtschaftlicher Produkte in Polen getätigt. U. a. haben sich italienische Vertreter auch an die Konzerneinfabriken in Polen, Bromberg und Lemberg wegen Lieferung von 3½ Millionen Büchsen Rindfleisch gewandt. Der Auftrag soll von den Fabriken jedoch nicht angenommen worden sein, weil sie erstens die Arbeit in der vorgeesehenen Zeit nicht bewältigen können und zweitens den italienischen Zahlungsverprechungen nicht recht trauen. Andere größere Aufträge scheinen aber, wie die plötzlichen Preissteigerungen verraten, angenommen worden zu sein. Gegenwärtig sollen u. a. Verhandlungen wegen Belieferung des italienischen Heeres mit Schinken schwelen. Zu gleicher Zeit hat sich Abzweigungen als Käufer größerer Mengen von Uniformen in Polen gemeldet. Polen als Kriegsgewinnler.

Die Vernichtung des polnischen Waldes

Der Krakauer „Kustrowany Kurier Codzienny“ berichtet kürzlich über den Ausrottung des polnischen Waldbestandes. Er schreibt u. a.: „Wenn wir den Waldbestand von 1920 mit dem von 1935 vergleichen, so sehen wir, daß Polen im Laufe von 15 Jahren gegen drei Millionen Hektar Wald verloren hat, was 30 v. H. des gesamten Waldbestandes ausmacht. Wenn wir in diesem Tempo weitergehen, so sehen wir bald in dieser Hinsicht am Ende der europäischen Staaten. Bereits jetzt rangieren wir hinter Schweden, Frankreich und Deutschland, und es wird nicht mehr lange dauern, daß wir Holz aus dem Ausland einführen müssen. Der 30prozentige Verlust an Waldbestand ist ein trauriger Beweis der chaotischen Wirtschaft, die in unserer Waldpolitik herrscht.“

Verhaftung eines ehemaligen Wojewoden

In einem Warschauer Hotel wurde der ehemalige Starost von Sedau, Dr. Adam Twardowski, verhaftet. Der Graubünder Staatsanwalt hatte wegen Unterdrückung und Benützung öffentlicher Gelder gegen diesen polnischen Beamten Haftbefehl erlassen.

Arbeitstagung des BDD in Cham

Am 28. und 29. Juli fand in Cham in der Oberpfalz eine Arbeitstagung des Bundes Deutscher Osten statt, an der u. a. die Landesgruppenleiter des BDD, die Leiter der heimattreuen Ortsverbände, die Kreisleiter des Gaues Bayerische Ostmark, Vertreter der Reichsjugendführung und der Studentenchaft, örtlicher und zentraler Behörden, des BDB und des BDA teilnahmen. Nach den Tagungen des BDD in Frankfurt (Oder), Schneidemühl, Oppeln, Lauenburg in Pom. und Allenstein führte die Tagung die Teilnehmer in ein Gebiet, das sich nicht nur in seinem landschaftlichen Charakter, sondern auch in seinen volks- und grenzpolitischen Fragen in vieler Hinsicht von den nordöstlichen Grenzgebieten unterscheidet. Der Bundesleiter des BDD, Pp. Prof. Dr. Oberländer, der schon am Tage zuvor mit den Kreisleitern des Gaues Bayerische Ostmark eine Schulungstagung veranstaltet hatte, erstattete nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer durch den Landesleiter Bayern des BDD, Kreisleiter Dr. Bell, über die Tätigkeit der Bundesleitung während der letzten Monate Bericht. Er betonte, daß, wenn man auch von der Bayerischen Ostmark spreche, die südbliche Ostmark des Reiches immer das deutsche Defizit bleibe. Er setzte sich weiter mit jener theoretisch übersteigerten Volksumsiedelung auseinander, die dazu neigt, die Realität des Staates zu übersehen. Es folgten die ausführlichen Lageberichte der Landesgruppenleiter des BDD. Dabei wurde für alle Abchnitte der deutschen Ostfront ein lebendiges über die derzeitige Tätigkeit der fremden Volkspolizei auf den Gebieten des politischen und kulturellen Lebens sowie eine Darstellung der die deutschen Grenzgebiete betreffenden Aktivitäten der staatspolitischer Seite gegeben. Besondere Beachtung wurde der Arbeit des politischen Katholizismus gewidmet. Auch die Verhältnisse in der evangelischen Kirche kamen, soweit sie die volkspolitische Arbeit an der Grenze betreffen, zur Sprache. Der Landesgruppenleiter Sachsen des BDD, Kreisleiter Reiter, hielt einen grundlegenden Vortrag über die volkspolitischen Verhältnisse der Vauisch in Vergangenheit und Gegenwart. Mit größter Spannung folgten die Teilnehmer dann den Ausführungen des Gauinspektors Pp. Ganninger, der über den Kampf berichtete, den die NSDAP im Bereiche des Gaues Bayerische Ostmark gegen die katastrophale wirtschaftliche Not und den geistig-ethischen Druck der politischen Krisierherrschaft mit sich bringendem Erfolge durchgeföhrt hat. (Ueber diese Rede sowie über ein Referat des Direktors der Regentalbahn-AB, Pp. Fischl, das sich mit den Verkehrsverhältnissen in der Bayerischen Ostmark befaßt, wegen Zeitmangels aber nicht mehr gehalten werden konnte, wird in der nächsten Folge des „Ostland“ berichtet werden.) Zum Schluß sprach als Vertreter des BDD Pp. Rüdiger über das Juden-

deutsche Vorfeld der Bayerischen Ostmark, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse, unter denen im Lande der „klassischen Demokratie“ die dortigen Deutschen den tschechischen Volksdruck von den reichsdeutschen Grenzgebieten fernhalten. — Nach einer Sonderbesprechung der Bundes- und Landesleiter des BDD und der heimattreuen Verbände über organisatorische Fragen bildete ein Kameradschaftsabend den Abschluß des ersten Tages.

Der zweite Tag erschloß auf einer Kraftwagenfahrt den Teilnehmern die einzigartige landschaftliche Schönheit des Grenzlandes zwischen Cham, Furth, Zwiesel und Regen. Als erstes wurde die Grenzlandschule Rohlfhof des Bundes Deutscher Osten besichtigt. Mitten in eines der reizvollsten Landschaftsbilder führte die Fahrt nach Lam im Winkel und über den Brennespaß. In der Regenhütte unfern der Grenze bei Eisenstein war Gelegenheit, die Glasherstellung, einen wichtigen Industriezweig des bayerischen Grenzlandes, kennenzulernen. Ein Absteiger führte in die prächtige Bergwelt des Großen Arber hinauf. Ein Besuch galt der Fachschule für Glaschnik und Holzschneiderei in Zwiesel. Als ein typisches Beispiel des noch vielfach notleidenden Schulwesens der bayerischen Ostmark wurden die beiden Schulausbäude in Arnbrod besichtigt, die sich in einem besagtenwertigen baulichen Zustand befinden. Ein Sonderzug der Regentalbahn brachte die Fahrtteilnehmer nach Leisnach, zu einem der größten Granitsteinbrüche des Bayerischen Waldes. In Neichatz fand die Fahrt und damit die Tagung, die die Kenntnis eines armen, aber schönen, eines lange vernachlässigten, aber unter dem Zeichen des Hakenkreuzes heute tapfer kämpfenden Grenzlandes vermittelt hat, ihren Abschluß. Der Dank den der Bundesleiter, Pp. Oberländer, den Pp. Bell und Wainz sowie deren Kameraden, als den Vorbereitern und Gastgebern der Tagung, übermittelte, war allen aus dem Herzen gesprochen.

Der Ostdeutsche Heimattaler

den der Bund Deutscher Osten für das Jahr 1936 herausgibt, ist sowohl im Einzelbezug wie durch Sammelbestellungen über die Ortsgruppen erhältlich. In letzterem Falle beträgt der Preis 0,60 RM. Die Ortsgruppen des Bundes Deutscher Osten erhalten bei Sammelbestellungen, die über die Landesgruppen zu leisten sind, Rabatt. Mit der Werbung für den Absatz des Kalenders werden die Ortsgruppen gebeten, sofort zu beginnen. Der Kalender wird voraussichtlich Anfang September vorliegen. Im Einzelbezug beträgt der Preis des Kalenders 0,90 RM.

Wirtschaftliches aus der Bayerischen Ostmark

Wirtschaftlich gesehen, ist die Bayerische Ostmark ein vielseitiges Gebilde. Sie hat einen großen Holz- und Steinreichtum, Landwirtschaft, vielerlei Industrie und birgt verschiedene Bodenschätze. Im Süden der Bayerischen Ostmark ist die Landwirtschaft vorherrschend, während im Norden die Industrie dominiert. Hier ist hauptsächlich die Porzellanindustrie vertreten; hier liegt das Zentrum der deutschen Porzellanindustrie überhaupt, vertreten durch weltbekannte Werke wie Rosenthal, Hutschenreuther und viele andere. Außerdem ist hier auch die Textilindustrie sehr stark ansässig. Als ein Hauptindustriezweig muß die Steinindustrie angesehen werden. Deren Betriebe verteilen sich auf die ganze Linie des Grenzstreifens von Hof bis Passau. (Im Nachfolgenden soll hauptsächlich von den eigentlichen Grenzorten die Rede sein.) Außerdem kommt als wesentlicher Wirtschaftsfaktor die Bewertung des Holzreichtums hinzu. Soweit nicht Stamm- und Schnittware verhandelt wird, erfolgt die Verarbeitung für vielerlei Dinge. Bekannt sind auch die im mittleren Teil des Grenzlandes liegenden Glashütten. Die Landwirtschaft wirkt im eigentlichen Bayerischen Wald mit seinem bis über 1500 m hoch ansteigenden Mittelgebirge nur geringe Erträge ab.

Wie reizvoll die Landschaft an Bayerns Ostgrenze ist, das war im übrigen Reich noch bis vor wenigen Jahren fast gänzlich unbekannt. Erst dem Nationalsozialismus blieb es noch der Nachübernahme vorbehalten, dieses schöne Wander- und Feriendland zu erschließen. Der im Vorjahre auf Veranlassung der Gauleitung gegründete „Gebietsausschuß Bayerische Ostmark“ hat bereits eine umfassende Propagandaarbeit entfaltet, mit dem Ergebnis, daß der Fremdenverkehr, der dem Lande eine stählbare Hilfe zu bringen vermag, schon ganz wesentlich gehoben werden konnte. Die Unterfuntsverhältnisse und die Verpflegung wurden den heutigen Bedürfnissen angepaßt, mit dem Vorzug großer Billigkeit. Jedem deutschen Volksgenossen kann nur empfohlen werden, seinen Urlaub in der schönen Bayerischen Ostmark zu verbringen. Es gibt unter den bisherigen Besuchern, auch unter den „Kraft-durch-Freude“-Fahrern, wohl keinen, der nicht befreit und begeistert ist und künder der Schönheit der Bayerischen Ostmark von dort zurückgekehrt ist. Erwähnenswert seien neben anderen seitigen Festspielen, die der Hebung des Fremdenverkehrs in wirksamer Weise dienen, vor allem die alle Jahre in den Monaten Juli und August auf dem Felsenmunder Europes, der Ruifenburg bei Munsiedel im Fichtelgebirge, zur Aufführung gelangenden reichwichtigen Freilicht-Festspielaufführungen, die seit 1890 von insgesamt über 500 000 Menschen besucht wurden.

Früher lag das Gebiet der Bayerischen Ostmark dank dem Bündnis mit Oesterreich-Ungarn, politisch gesehen, inmitten deutschen Landes, heute ist es gefährdetes Grenzland. Ehemals gingen zu dem befreundeten Böhmen und Oesterreich die stärksten Wechsellagerungen hinüber und herüber, besonders in wirtschaftlicher Beziehung, getragen von dem stammesgleichen Volkstum diesseits und jenseits der staatlichen Grenzen. Heute hat sich das durch die Diktate von St. Germain und Versailles grundlegend geändert. Der wirtschaftliche Austauschverkehr ist so gut wie unterbunden, und die armen „Wäldler“ des süßlichen Teiles der Bayerischen Ostmark sind seit Kriegsende ganz besonders schlimm daran. Die Erwerbsmöglichkeiten waren derartig schlecht, daß viele tausend Volksgenossen zur Abwanderung gezwungen waren, und es waren dies nicht die schlechtesten Elemente. Die Regierungen der verfallenen Systemzeit kümmernten sich wenig um dieses verlassene Gebiet; auch die bayerische Regierung, die ganz in den Händen der Bayerischen Volkspartei (= Zentrum) lag, machte keine Ausnahme hiervon. Es wurden zwar schöne Kirchen gebaut; aber zu ihnen kamen die miserablen und überfüllten Schulhäuser in einem um so traurigeren Gegenlag.

Die Wirtschaft der Bayerischen Ostmark hat bis vor einigen Jahren einen ganz erheblichen Anteil ihrer Produktion ins Ausland abgesetzt. Durch die Verschlechterung der meisten ausländischen Wäluen, die Erhöhung der Zollmauern und die sinkende Kaufkraft, ferner durch politische

und andere Gründe wurde der Exportanteil in den letzten Jahren sehr stark herabgedrückt, trotz großer Anstrengungen, die nachgehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Die Bemühungen nach dieser Richtung hin liegen unentwegt weiter, um den im Ausland verlorenen Boden sozald als möglich wieder zurückzugewinnen. Aber es ist unbedingt nötig, daß unter den veränderten grenzpolitischen Verhältnissen, das übrige Reich die Wirtschaft des Grenzgebietes unterstützt, nicht durch Subventionen, sondern als Auftraggeber. Die fleißige und genügende Bevölkerung weiß jeden Arbeitsauftrag, den man ihr gibt, besonders zu schätzen.

In bezug auf einige Industriezweige wäre folgendes zu sagen. Die Holzwirtschaft, die einen der Grundpfeiler des Wirtschaftslebens der Bayerischen Ostmark bildet, wäre durch denotuzte Abnahme von Stamm- und Schnittware im übrigen Reiche zu unterstützen, ferner durch Abnahme von aus Holz hergestellten Gegenständen, wie Drechslern, Holzlecharbeiten, Holz-Haushaltswaren, Möbel und anderes.

Die Porzellanindustrie beschäftigt im Gebiet der Bayerischen Ostmark viele tausend Volksgenossen, die bisher jedoch entweder zu einem erheblichen Teil noch nicht wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden konnten oder zu einem erheblichen Teil noch in Kurzarbeit beschäftigt sind. Es werden Gebrauchsgelchirre von der hochwertigsten Art bis zur einfachsten hergestell, Kunstfiguren aller Art, technische Porzelleme usw. Es sei wiederum auf die weltbekanntesten Namen Rosenthal und Hutschenreuther hingewiesen. Eine wesentliche Vermehrung der Arbeitsmöglichkeiten ergäbe sich, wenn die Haushaltungen und die Gaststättenbetriebe daran gingen, noch viele anzureichende beschädigte Gebrauchsgelchirre gegen Neubeschaffung auszutauschen. Auch könnten die für die verschiedenen Sammlungen und großen Tagungen bestimmten Abzweigen viel mehr als bisher in Porzellan ausgeführt werden. Auch von den Bedarfsbedeckungseisen für Egelandsdarlehen müßte ein größerer Teil für Porzellan verwendet werden. In bezug auf die Hebung des Exportes ist eine intensive und gut wirkende Auslandspropaganda mit Unterstützung der im Ausland tätigen deutschen Behörden und sonstigen Stellen notwendig.

Die Textilindustrie der Bayerischen Ostmark liefert Gewebe aller Art in besserer Qualität. Das Zentrum dieser Industrie befindet sich hauptsächlich in dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Hof. Außerdem liefert die noch in einem großen Teil des nördlichen Gebietes verbreitete Handweberei vorzügliche Erzeugnisse in allen Spinnstoffen. Als Besonderheit sind zu erwähnen Tücher aller Art, Decken und Leinwandzeugnisse. Die Glashütten stehen auf hoher Stufe, und die Kunst- und Gebrauchsgelcher aus Frauenau, Spiegelau und anderen Orten sind berühmt.

Ein hervorleuchtendes Merkmal des Grenzlandstreifens sind die auf der ganzen Linie von über 300 km liegenden Betriebe der Steinindustrie. Alle Größtenkategorien von Großbetrieben bis zu ganz kleinen Unternehmungen sind vertreten. Gewonnen und bearbeitet werden alle Arten von Steinmaterial, Fassadenplatten, Säulen, Werksteine für Brücken und Kanalarbeiten, Pflastersteine, Borfsteine, Bodenbelagsplatten, Grabsteine von der einfachsten bis zur reichsten Form, technische Steinkörper, wie Wälsen, Säurebehälter usw. Erzeugnisse dieser Industrie sind in der ganzen Welt zu finden, besonders was die veredelten Steinprodukte anbelangt, die durch Schleifen und Polieren Hoehglanz erhalten. Die Wiege der deutschen Granitglaserindustrie liegt im Fichtelgebirge. Sowohl dort wie auch im Oberpfälzer und Bayerischen Wald liegen eine Menge Dörfer und kleine Städte, deren Bewohner fast ganz oder überwiegend von der Beschäftigung in der Steinindustrie abhängig sind. Auch diese Industrie ist noch ungenügend beschäftigt, wenn auch dankbar anerkannt wird, daß gerade durch die Initiative des Führers selbst auch diese Industrie-gruppe neuen Auftrieb erhalten hat. Bei der großen Verwendung von Natursteinen aller Art, bei Gärten- und Staatsbauten gelang es, auch bayerischen Ostmark-Granit wieder zu Ehren zu bringen. Beifolgendes dürfte die Ostmark die große Menge von Bodenbelagsplatten für den Rönigsplatz in München liefern, die diesen monumentalen Platz im Zusammenhang mit den Neubauten des Führer-

hauses und des Verwaltungsgebäudes der RSDAP den geschlossenen und wichtigen Rahmen nach den Entwürfen des verstorbenen Professors Trost geben werden. Auch für das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg konnten solche Platten und andere Steinarbeiten geliefert werden. Leiber wird aber Granit im Gegensatz zu Beton bei Hochbauten der Behörden wie auch der Privaten noch viel zu wenig verwendet. Es ist aber zu hoffen, daß die Verengung von Beton bei den Bauten, bei denen sie nicht angeschlossen ist, zugunsten des Granits bzw. des Natursteins wieder zurückdrängt wird. Für viele Brückenbauten gibt es keinen isolieren Baustoff als Otmart-Granit, und die Pflastersteine sind ebenfalls von besser Qualität. Entsprechend dem zu läuternden Geschmack des deutschen Volkes müßten in Zukunft auch mehr wie bisher Steinbildhauerwerke, Plastiken, Skulpturen an wichtigen Gebäuden angebracht werden. Im Zentrum des Fichtelgebirges, der kleinen Stadt Wunsiedel, befindet sich die Granitbildhauerschule. Es ist dies die einzige Schule dieser Art in Deutschland, die auf ihrem Gebiete eine ähnlich mögliche Stellung einnimmt wie die Glasgewerkschule in Zwiesel im Bayerischen Wald für die Glasindustrie. Aus der Granitbildhauerschule Wunsiedel gehen Jahr für Jahr vorzügliche Kräfte hervor, die leider ihre erworbenen Kenntnisse bisher nur selten praktisch verwerten konnten. Die Herstellung von Grabsteinen bildet einen ganz wesentlichen Teil der otmartischen Steinindustrie. Gerade bei Denkmälern, die Toten zum Gebeten und zur Ehrung geleitet werden, sollte dem erdgeschaffenen Naturstein der Vorrang gegeben werden. Leider beeinträchtigen die Friedhofsbestimmungen gegen Granit-Grabdenkmäler und die Bevorzugung von Kunststein die Steinindustrie noch außerordentlich. Für die künftige Erbauung der vielen vorgelegenen Siedlungshäuser wäre es angebracht, den Eingang und die Treppe in Otmart-Granit auszuführen. Gegenüber den bisher verwendeten Stoffen, wie Holz und Beton, würde das nur ganz

geringe Mehrkosten verursachen. Auch eine Reihe von R a m m o r o r k m e n befindet sich im nördlichen Teil der Bayerischen Otmart. Sie sind noch viel zu wenig bekannt, trotzdem sie in hervorragender Weise für Außen- und Innenarchitektur zu verwenden sind. Eines der wenigen Vorkommen Deutschlands an trifallinlichem Marmor befindet sich bei Wunsiedel.

Die vorstehenden Ausführungen geben nur einen kleinen Ueberblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bayerischen Otmart und deren Not. Dieses Gebiet hat in Bayern und darüber hinaus noch immer die höchsten Arbeitslosenziffern aufzuweisen. Die übrigen Reichsgebiete könnten durch den Kauf bayerischer Otmartserzeugnisse den wirklich nicht vermögenden Bewohnern des otmartischen Ostlands- und Grenzgebietes wesentliche Hilfe bringen, sie könnten dem genügsamen, sparsamen, fleißigen und treuen Stamm der Otmartbewohner wieder zu einem besseren Dasein verhelfen, deren Beschäftigung fördern und damit einen starken Wall an der Grenze zu errichten, der auch dem volksdeutschen Vorstand jenseits der Grenze eine stärkere Rückenbedeckung sein könnte. Im Zusammenhang damit darf erwähnt werden, daß gerade die Bayerische Otmart immer mit die höchsten Prozentätze in Deutschland bei nationalsozialistischen Wahlen und Abstimmungen aufgewiesen und dadurch ihre Treue und Verbundenheit zum Führer bewiesen hat. Im Rahmen der gesamten deutschen Wirtschaft wurde im Zusammenhang mit den großen Arbeitsbeschäftigungsmahnahmen des Führers eine wesentliche Besserung auch für die Bayerische Otmart erzielt. Die dortige Bevölkerung erkennt dies dankbar an. Es ist aber auch notwendig, daß das übrige Reich die noch bestehende Not dieses Gebietes erkennt und dessen Verhelfen durch Aufträge Arbeit gibt. Keiner ist so dankbar hierfür wie der Bewohner der Bayerischen Otmart.

Carl Bauriedel.

Wunsiedel (Fichtelgebirge).

Kreislahnleiter für Grenzwirtschaftstragen.

Wanderungen im Oberpfälzer Wald

In dem Reliquienstreifen meiner Reiseerinnerungen hat die stille Oberpfalz ihren Ehrenplatz. Es ist nicht die fröhliche „Weinpfalz“ über dem Rhein, das Land der Deidesheimer und Obdenotener Rebenhügel, wie viele glauben. Die „Steinpfalz“ ist's, das Land der Wehrburgen, das sich zwischen Fichtelgebirge und Böhmerwald breitet und gleichsam das Herzstück des großen Urgebirgszugs bildet, der von den Quellen des Rhains und der Saale zur Donau hinab bis zum „Deutschen Eck im Osten“ bei Passau gleitet.

Es ist das Land der noch heute ungerodeten Urwälder, die vom alten Völkertor an der Further Senke nordwärts über Granitfämme und Balatfuppen emporklettern und wie ewiggrüne Wellen das tausendjährige Siedlungsgebiet zu ihren Füßen umspülen. Und allen Wanderfernen, Entdeckern und Forschern lei'st gesagt: Solange sie nicht herzuoffen ihren Weg in diese vergessene, schöne Welt gefunden haben, wissen auch die Weltgeresten und Bieterfahrenen unter ihnen nicht, was im wahren und tiefsten Sinne echte deutsche Heimat ist. Hier ist das Urbild einer ausgegliederten deutschen Kulturlandschaft. Hier ist zugleich das Urbild deutscher Romanität: die Marienwelt, die Eisenborfs „Taugenichtse“ durchzog, die Fontänenwelt Ludwig Richters, und in den Straßen und Wirtshäusern Städte und Dörfer ist heute noch lebensvolle Wirklichkeit, was Spitzweg und Moriz von Schwind noch aus gesehen und gemalt haben und was die meisten nur noch auf den bestaubten Bildern der Museen bewundert, belächelt oder als eine glücklichere Zeit zurückerlebt haben.

Einmalig ist diese Gegend und feiner anderen vergleichbar: man möchte sie „die amnatigste Landschaft“ Deutschlands nennen. Ja, das von Goethe so gern gebrauchte, gar sehr in Vergessenheit geratene Wort „amnatig“ hierher paßt es, dieses Wort, das sich zwischen die Begriffe herb und heiter, Holz und schlicht, lieblich und lebensbig schiebt, von allen etwas aufzeigt und doch mehr: eben die Amnat.

Es wig unvergessen ein Bild wie dieses: Ruine Flojensbürg, der „Hohenzwiel der Otmart“. Wie der Finger Gottes steht diese alte Höhenaufenseite in der Landschaft,

hochragend über den kleinen Weiler im Tal, immer und überall sichtbar und doch unerschließbar scheinend in ihrer Einsamkeit am Grenzramm. Jahrhundertlang trug sie im Abwehrkampf gegen Osten, bis die Schwedenürmen des 30jährigen Krieges ihre Mauern zerstörten. Aber als großartige Ruine gibt sie der Landschaft heute noch Leben, und hünenhaft-trugig, umweht von algermanischem, ritterlichem Geist, schaut der alte Wohnturm mit dem schließenden hohen Mantel vom süßen aufsteigenden Granitramm auf den gesallenen Burghof herab. Das Spiegelbild taucht in den Silberee, der sich hell wie ein Hermelin zu Füßen einer von dunklen Wäldern umrahmten, sanft emporsteigenden Bergwiese hinerschleicht, silberner Vorplatz der allerhöchsten Beste der Oberpfalz.

Der Blick vom Burgföller umfaßt weit den friedvollen Grenzgang ringsum und senkt sich im Osten hinab in die Böhmishe Ebene, aus der die sudeten-deutschen Weltbäder Franzensbad und Marienbad und die Wallensteinstadt Eger herausglimmen. Westwärtig ist die Sicht gegen Westen, „ins Bayerische“. Da tauchen die Balatfuppen des Rauchenkalm und des Partstein auf, den Wegabener von Humboldt das „schönste Balatgebilde der Welt“ nannte, und der Rosenquarzellen von Weyßlein mit seinem Wallfahrtsfirschteln. Aus unendlichen Nannenswäldern, zwischen hohen Buchen und Eichen, ragen der Bayernberg, der Reichenstein auf und der fast 300 m hohe materische Gipfel des Grenzflammens. Die Silberehütte, ein neues, schmuckes Schutthaus, steht hier oben über längst verfallenen Silbergruben und Glashütten, noch immer vom blühenden Staub des Glimmerflusses umweht.

Bedächtg steigt die Waldnaab vom Silberhüttenramm ins Tal, gleichnamige Schwefeln, heiden- und Fichtelnab, strömen ihr zu und durchziehen wie silberne Wäber das Land, durch das einst die „Goldene Straße“ führte: so nannte man in reicher Bergangtheit den alten handelsweg Nürnberg-Eger-Brag wegen seines gewinnbringenden Verkehrs. Viele Burgen, verwitterte Hüter verjüngter Pracht, krönen noch heute den ganzen Gau bis zur

Höhnes Babenberger Münzstätte Raaburg hinunter. Ob Leuchtenberg oder Mura, Trausnitz, Lal oder Wernberg, Weifenstein oder Falkenberg, jede Ruine hat ihr besonderes Bild und zieht den Besucher in ihren eigenen Bannkreis. Jede aber scheint wie eine ewige Krone von Stein über das grüne Land zu leuchten und die Harmonie von Gottes- und Menschenwert in der Schöpfung darzutun.

Überall der gleiche Einfang: hier in den kleinen, um ihr Rathaus gescharten Städten und Dörfern, dort in den großen Wäldern mit ihren malerischen Kapellen, auf den Feldwegen mit ihren geschmückten Totenbrettern und vor allem in den im Glanz heiteren Barocks prangenden Kirchen und Klöstern. Um das am tiefsten zu fühlen, muß man in das einst feineckige Stiftsland von Waldsassen ziehen und zu der berühmten Klosterkirche dieses alten Siedlungs- und Kulturzentrums, das Kunstschätze vieler Jahrhunderte birgt. Oder hinauffsteigen zur Pöbbsche, wo die Kapell, die dreimächtig, orientalischesprachige Wallfahrtskirche, den Raumweg beschirmt. Oder eintreten in die Häuser der

Grenzbewohner, dieses schlichten, frommen, bodenerwurzelten Menschenvolkes, der mit Gastfreundschaft in des Wortes tiefer Bedeutung diesen Fremden willkommen heißt, und ihn wahrhaft „bewirtet“.

Fast überall findet der Wanderer gute, billige Unterkunft. In Waldsassen und Waldmünchen, auf Schußhaus Silberhütte und in Weiden, dem Tor zum Duerpfälzer Wald an der Strecke Berlin—Regensburg—München, kann aber auch der vermöhere Reisende Stanzquartier nehmen. Es findet jeder, was er sucht, und sicher mehr, als er hier vermutet. Aber seine Wanderung in diesem Bergland beginnt, glaubt schon nach der ersten Stunde, daß er in die Ruhe und Stille des Paradieses eingetreten ist, so daß sich hinter ihm die eisernen Tore einer hoffenden Welt geschlossen haben, die schließlich doch nicht seine Welt ist, und wenigstens für eine kurze Wanderzeit nicht seine Welt zu sein braucht. Woher er auch kommen mag, er fühlt sich nicht fremd, und wohin er auch wandert, immer ist es ihm, als ginge er geradewegs seiner Heimat zu.

Dr. A. L. von Schellwitz-Uetzer.

Buchbesprechungen

Singendes Volk. Volkslieder aus Kongreßpolen und Wolhynien. Herausgegeben von Kurt Lück und Robert Klatt; musikalische Bearbeitung von Reinhard Riß. Posen 1935. Historische Gesellschaft für Polen. (Ostdeutsche Heimatzeitung, herausgegeben von Viktor Kauder, Band 4). — Es gibt Leute, welche meinen, unser Osten habe kein eigenes Volkslied. Was sein, daß vieles heute verloren ist, manches wird sicher noch zu entdecken sein bei ergriffen Forschern. Aus Pommern, Westpreußen, Brandenburg, Schlesien sind jahrhundertlang deutsche Siedler südwärts gezogen, nach Polen und weiter nach Mittel- und Ostpolen. Und in diesen deutschen Siedlungen Kongreßpolens und Wolhyniens, die abseits von der Zivilisation, unangefochten von der wirtschaftlichen Entwicklung des 19. Jahrhunderts, ihre bäuerlichen Daseinsformen bewahrten, hat sich auch altes deutsches Volkslied lebendig erhalten. Gewiß ist es auch hier schon in Bedrängnis; aber noch ist ein reicher Schatz zu heben. Einen Vorgriff in die Schätze, die hier noch zu finden sind, bedeutet die neue Sammlung von Kurt Lück in Posen und Robert Klatt in Compoto. An dieser kleinen Auswahl aus einer größeren Sammlung wissenschaftlicher Art haben Kolonisten, Jungbauern und Arbeiter mitgeschaffen; Reinhard Riß in Posen hat die Lieder unter Erhaltung der ausgezeichneten Weisen musikalisch bearbeitet. So ist ein kleines Liederbuch von unmittelbarer Frische entstanden, das vom Geist der Jugendfindungsbewegung getragen ist und seinen Weg in die Singkreise finden und damit an der Belebung des Singens auch im deutschen Volk Polens und Pommerns mitwirken wird. Doch auch unseren Singtressen im Osten des Reiches wird dies fest eine willkommene Gabe sein. Wir suchen heute das bodenständige ostmärkische Lied. Hier ist es: kein Kampflied der Gegenwart, aber bestes Liedgut aus der Vergangenheit: Neujahrslieder und Tänze, Balladen, Liebeslieder, Schürren und Kinderverse, hochdeutsch und mundartlich; schäpliche, schlesische, Niederungslieder sind da, besonders häufig ist das ostpommernmärkische Platt zu finden. Viele Lieder sind sonst kaum bekannt; von andern oft gelungenen (z. B. Es waren zwei Königsfinder) findet man hier neue Weisen oder auch plattdeutsche Fassungen. Also: Vornehmen und mitlingen!

Volk in Ketten. Das Erbe von Trionan. Von Rudolf Schirmer. Balthasar Verlag G. m. b. H., Berlin 1935. 96 Seiten. Mit 16 Karten und Bildern. — Die vorliegende Schrift von Schröder ist eines der wenigen deutschen Bücher, die sich mit der slowakischen Frage befassen. Diese Frage hat für Deutschland bisher noch immer im Schatten räumlich näher gelegener, die deutsche Stellung in Europa unmittelbarer berührender Probleme gestanden. Es ist jetzt an der Zeit, daß sich die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit und Politik in verstärktem Maße dieser Frage zuwendet. Wenn die slowakische Angelegenheit die Belange zweier Nachbarn Deutschlands, Polens und der Tschechi, direkt berührt, wenn diese Angelegenheit in der Politik Ungarns und seiner jeweiligen Freunde ebenso wie in den

politischen Kalkulationen der nach Westen ausgreifenden Sowjetunion eine bedeutsame Rolle spielt, dann können die räum-, volks- und machtpolitischen Probleme, die die Slowakei aufwirft, auch für Deutschland nicht gleichgültig und nebenächlich sein. Von diesem Gesichtspunkt aus ist das Buch Rudolf Schröders zu begrüßen. Es beschäftigt sich in der Hauptsache mit der volkspolitischen Seite der slowakischen Frage. Es ist vor allem dazu bestimmt, das Märchen von der Erstzinst einer „tschechoslowakischen Nation“ bloßzustellen, mit dem es Malart und Benesch feinerzeit gelang, ihrem auf Lüge und Verrat gegründeten, durch Terror und Scheinheiligkeit bestehenden Staate die Slowakei und Karpathenrußland einzuverleiben. Durch zahlreiche Tatsachen und Zitate werden die Methoden beleuchtet, mit denen die Tschechen die Welt über den Charakter des slowakischen Volkes getäuscht und dieses Volk selbst trotz feierlicher Versprechungen und Verträge um sein nationales Eigenleben betrogen haben. Und auf der anderen Seite wird der Wille des slowakischen Volkes, ein eigenes nationales Leben zu führen, an zahlreichen Beispielen erhärtet. So sehr die slowakische Frage die ungarische Revisionfrage berührt, ist sie doch nicht notwendigerweise mit dieser identisch. Dr. K.

Deutsches Grenzland Ostpreußen, Land und Volk in Wort und Bild. Von Dr. W. Franke und Dr. E. Krause. Zweite Auflage. Verlag Morgenroth Nachf. G. H. Voetiger G. m. b. H., Willkall, Ostpreußen, 1935. 272 Seiten mit 154 künstlerischen Bildern. — Das Buch stellt sowohl textlich wie durch seine ausgezeichneten Bilder, die sämtlich nach Aufnahmen von Erich Krause in Kupfertiefdruck reproduziert sind, eine wesentliche Bereicherung der Ostpreußenliteratur dar. Die ostpreussischen Landschafts- und Wenschenstypen sind von Franz im Text und von Krause im Bild ebenso faßlich wie frisch und lebendig dargestellt. Die Vielfalt der deutschen Stämme, die in Mauer, Siedlungs- und Bauformen sich ausdrückt, die Städte, Ursiedlungs- und Kirchen, die die deutsche Geschichte des Landes bezeugen, die Wälder, Seen und Dünen, die tieftischen Täler und die Weiten der Riederung, die fruchtbareren Böden der Pregelandschaft und die ertragsarmen Flächen Masurens, das alles wird durch Text und Bild, die gleichwertig nebeneinander gestellt sind, zu einem ungemein eindrudsvollen Gemälde des ostpreussischen Landes zusammengefügt, das sicher auch dem, der selber das Land noch niemals gesehen hat, eine lebendige Vorstellung zu vermitteln vermag. Dem aber, der in Ostpreußen beheimatet ist, wird es ein rechtes Heimatbuch sein. Dr. K.

Wer kennt

die jetzige Ansicht des Herrn Hermann Dorn, früher Frauendorf bei Remps, später Oberamtman in Wolfslau, Kreis Kratochwin. Nachrichten unter Nr. 3175 an das „Ostland“.

Werbt für
„Ostland“